Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 224 | Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 | Burscheid, Freitag, 23. September 1932 | Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 | 72. Jahrgang

Landtagssitzung mit vier Unterbrechungen

Auch zur Plenarsitzung des Landtages am Donnerstag sind Regierungsvertreter nicht erschienen. Das Haus verweist zunächst einen Zentrumsantrag an den Ausschuß für Leibesübungen, wonach die Neue Frankfurter Versicherungs A.-G. zur Erfüllung ihrer Pflichten bei Durchführung der

Jugendfürsorge

angehalten werden soll. Zur Begründung sagt der Zentrumsredner, nach der neuen Praxis sei der Versicherungsschutz der Jugendlichen bei Wanderungen usw. nicht als ausreichend zu bezeichnen.

Nach Erledigung weiterer Kleiner Anfragen beschließt das Haus, den auf Verlangen der Nationalsozialisten eingesetzten Untersuchungsausschuß zur

Nachprüfung der Gewährung von Staatsmitteln als Unterstützungen für Zeitungen

der Zentrumspartei, der Staatspartei und der Sozialdemokratischen Partei aus 29 Mitgliedern zu bilden.

Dann wird über die Anträge der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und des Zentrums beraten, die zu dem Landtagsbeschluß gegen die

Gehorsamspflicht der Beamten

vorgelegt worden sind. Verbunden mit der Aussprache ist der sozialdemokratische

Mißbilligungsantrag gegen den Landtagspräsidenten Kerrl wegen seiner Verhandlungen mit dem Reichspräsidenten.

Zuerst erhält **Abg. Steuer (Dn.)** das Wort zur Begründung des Antrages seiner Fraktion, wonach der Landtag seinen Beschluß vom 30. August d. J. gegen die Gehorsamspflicht der Beamten als gesetzwidrig erklären und aufheben soll. Als der Redner sich sofort gegen die Nationalsozialisten wendet, entsteht auf der äußersten Rechten lebhafte Unruhe. Ein Teil der Nationalsozialisten verläßt unter anhaltenden lärmenden Kundgebungen den Sitzungssaal, wobei sich die Kommunisten gleichfalls an der Unruhe erheblich beteiligen. Da die wiederholten Mahnungen des Präsidenten Kerrl, den Redner ruhig anzuhören, kein Ergebnis haben,

verläßt der Präsident seinen Platz, womit die Sitzung für kurze Zeit unterbrochen ist.

Nach wenigen Minuten wird die Sitzung durch den Präsidenten Kerrl wieder eröffnet.

Abermals erhält **Abg. Steuer (Dn.)** das Wort. Wiederum entstehen sofort bei den Nationalsozialisten und Kommunisten lärmende Kundgebungen, die Präsident Kerrl nicht beschwichtigen kann. Abg. Steuer spricht erregt auf den Präsidenten ein, der mit den Achseln zuckt. Der Präsident ersucht immer wieder um Ruhe, die auch solange eintritt, wie der Abg. Steuer seine Ausführungen nicht beginnt. Sobald er aber nur „Meine Damen und Herren" sagt, setzen die anhaltenden lärmenden Kundgebungen bei den Nationalsozialisten wiederum ein. An den Zurufen, die dem Abg. Steuer gemacht werden, beteiligt sich auch der nationalsozialistische Vizepräsident Haake.

Präsident Kerrl verläßt wieder seinen Platz, womit die Sitzung zum zweitenmal unterbrochen ist.

Nach kurzer Pause wird die Sitzung wieder eröffnet und der Präsident erteilt dem Abg. **Steuer** zum drittenmal das Wort. Im Hause herrscht immer noch große Erregung. Die Nationalsozialisten verlassen jetzt bis auf einige Horchposten den Saal.

Abg. Steuer (Dn.) erklärte u. a., er müsse feststellen, daß die Nationalsozialisten ihr Schreikonzert begonnen hätten, ehe er auch nur seine sachlichen Ausführungen begonnen habe. Was den Landtagsbeschluß zur Gehorsamspflicht der Beamten angehe, so hätten die Nationalsozialisten jetzt einen völligen Umfall vollzogen. Die Deutschnationalen könnten aber weder für den nationalsozialistischen Rückzugsantrag stimmen, noch für den Zentrumsantrag. Nur blinder Parteifanatismus könne die Nationalsozialisten veranlassen, jetzt die Deutschnationalen anzugreifen und zu vergessen, daß noch im letzten Landtag die Deutschnationalen es gewesen seien, die sich schützend vor die vom Kabinett Braun Verfolgten und Unterdrückten stellten. Der Abgeordnete Kube habe damals der deutschnationalen Fraktion ein Dankschreiben übersandt, worin er sich für die Ritterlichkeit bedankt habe, mit der die Deutschnationalen der schwachen Gruppe der Nationalsozialisten geholfen hätten. Herr Kube habe in jenem Schreiben der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Augenblick kommen möge, in dem er diese Ritterlichkeit zurückerstatten könne. (Große Heiterkeit links und Zurufe: Jetzt haben Sie den Dank vom Hause Harzburg!) Tatsächlich sei es erst wenige Wochen her, daß die Nationalsozialisten das Kabinett von Papen begrüßt hätten. Während die Nationalsozialisten damals das Zentrum noch auf das heftigste angriffen, hätten sie bald darauf Koalitionsbesprechungen mit demselben Zentrum begonnen. (Hört, hört, bei den Deutschnationalen.)

Dann begründet **Abg. Dr. Nicolai (Nat.-Soz.)** den Antrag seiner Fraktion. Dieser lautet: Soweit die Reichsverfassung und die Verfassung des Landes Preußen von der am Ruder befindlichen Regierung gemäß dem von ihr beschworenen Eid geachtet und durchgeführt wird, ist es Pflicht der Beamten und staatlichen Angestellten Preußens, die Verfassung ebenfalls zu achten und zu schützen. Der Redner erklärt, seine Fraktion habe seinerzeit dem kommunistischen Antrag zugestimmt als Warnung an die Regierung, sie solle auf dem Wege der Biegung der Verfassung nicht weiterschreiten, nachdem soeben den Ministerialvertretern verboten worden war, das Landtagsgebäude zu betreten. Zu keiner Zeit habe in Deutschland ein Vorgesetzter einem Beamten etwas befehlen dürfen, was gegen Gesetz und Verfassung gehe. Diese Auffassung sei erst durch die Herrschaft der Sozialdemokraten und des Zentrums ins Wanken geraten. Die Nationalsozialisten wollten mit ihrem Antrage demgegenüber zum Ausdruck bringen, daß die Beamten in erster Linie Gesetz und Verfassung zu achten hätten. Die Nationalsozialisten hätten keinen Rückzug gemacht, sie versuchten nur, die Fassung des Beschlusses, die zu Zweifeln hätte Anlaß geben können, durch eine Formulierung zu ersetzen, die keinen Zweifel mehr zulasse (Lachen links.) Dem Zentrumsantrag könne die nationalsozialistische Fraktion nicht zustimmen, da er eine Anerkennung der Regierung Braun bedeute. (Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Darauf werden die Verhandlungen unterbrochen zur Vornahme von

Abstimmungen.

Auf Vorschlag des Geschäftsordnungsausschusses wird die Aufhebung der Immunität von Abgeordneten in fünf Fällen versagt.

Auf Antrag des Rechtsanwalts Frank 2 (München) empfiehlt der Ausschuß die Aufhebung der Immunität des Abg. Dr. Braun (Soz.), des früheren preußischen Ministerpräsidenten, zur Durchführung einer Privatklage Adolf Hitlers. Dieser Antrag wird jedoch mit 200 gegen 197 Stimmen abgelehnt.

Das Haus stimmt dann über zahlreiche Anträge zu Bergwerksfragen ab. Angenommen wird ein Antrag des Handelsausschusses, der verlangt, daß der Betrieb der Borsigwerke A.-G. in Oberschlesien zugunsten des Landesfiskus enteignet werde; die vom Preußischen Staat kontrollierte Oberhütten-A.-G. soll wegen Uebernahme des Hütten- und Walzwerkes der Borsig A.-G. mit dieser und der Mitteldeutschen Stahl-A.-G. erneut Verhandlungen aufnehmen; schließlich sollen die Ansprüche der Pensionäre des Borsigwerkes und ihre bisherigen Werkswohnungen gesichert werden.

Ein weiter angenommener Antrag des Handelsausschusses ersucht um Subventionen des Reiches für einzelne Unternehmungen des Blei- und Zinkbergbaues, und zwar sowohl für Privatunternehmungen wie für solche im Staatseigentum; ferner werden vom Reich Kredite erwartet, um die Stillegung der Hütten- und Erzbergwerke der Stolberger A.-G. und der Werke im Harz zu verhindern; schließlich werden von der Reichsregierung Zollmaßnahmen zugunsten der Blei- und Zinkproduktion verlangt.

Angenommen wird weiter ein Antrag des Handelsausschusses, der Maßnahmen verlangt zur Verhinderung der Stillegung des Steinkohlenbergwerks „Dickesche Heide" der Niederrheinischen Bergwerks-A.-G.

Andere angenommene Anträge des Handelsausschusses verlangen ein Verbot der Beschäftigung der Bergbaubeamten und -angestellten mit niederen Arbeiten während der Feierschichten; kaufmännische Beamte und Arbeitnehmer, die vorwiegend Büroarbeiten verrichten, sollen nicht zu technischen Arbeiten herangezogen werden. Ein „Drinbleiben" von Bergarbeitern über ihre normale Pflichtzeit hinaus soll nicht mehr gestattet werden. Ferner werden überstaatliche Vereinbarungen zur Verkürzung der Arbeitszeit im europäischen Bergbau empfohlen. Die Regierung soll sich auch dafür einsetzen, daß die Mieten der Werkswohnungen den gesunkenen Löhnen angepaßt werden. Durch Notstandsarbeiten an der Wenzeslaus-Grube bei Neurode (Schlesien) soll ein Ersaufen dieser Grube verhindert werden. Die Bemühungen um die Ansiedlung arbeitsloser Bergleute sollen fortgesetzt werden, insbesondere zugunsten der durch Stillegung der Wenzeslaus-Grube arbeitslos Gewordenen. Ein weiterer Antrag verlangt die Befreiung nicht nur der Bergarbeiter, Angestellten und Beamten, sondern auch der Werksbesitzer von der Beitragspflicht zur Erwerbslosenversicherung. Zwischengeschirre wie auf Schachtanlage Dorstfeld sollen durch Laschenverbindungen ersetzt werden, oder, wo das aus technischen Gründen nicht sofort möglich ist, sollen Notketten an den Förderkörben eingeführt werden. Ferner soll geprüft werden, ob die Fangvorrichtung auf Dorstfeld nicht veraltet ist und durch erprobte Fangvorrichtung ersetzt werden muß. Die preußischen Seilfahrteinrichtungen sollen ganz allgemein überprüft werden. Die Angehörigen der am 14. Mai auf Dorstfeld zu Tode gekommenen Bergarbeiter sollen je 1000 Mark Beihilfe bekommen; die Schuldigen sollen der Staatsanwaltschaft übergeben werden. Schließlich wird ein Zentrumsantrag angenommen, darauf hinzuwirken, daß die Zeche „Ewald-Fortsetzung" im Kreise Recklinghausen-Land wieder in vollen Betrieb genommen wird. Die Gemeinde Oer-Erkenschwick soll durch Zinsmaßnahmen vor dem völligen Zusammenbruch bewahrt werden.

Hierauf setzt das Haus die unterbrochene

Aussprache über die Gehorsamspflicht der Beamten

fort. Abg. **Bugdahn** (Soz.) empfiehlt den Antrag seiner Fraktion, wonach der Landtag das Verhalten des Landtagspräsidenten Kerrl mißbilligen solle, weil dieser nicht berechtigt sei, im Namen des Landtages ohne besonderen Auftrag politische Verhandlungen zu führen. Die Nationalsozialisten beschwerten sich jetzt über den Reichskommissar. Damals habe Herr Kube am Tage der Einsetzung des Kommissars in Hamburg davon gesprochen, daß jetzt eine neue Epoche in Preußen beginne, er habe sogar gesagt: „Jetzt kommen wir!" Gekommen sei jedoch Herr Kerrl zum Reichspräsidenten, um Verwahrung gegen den Reichskommissar einzulegen.

Abg. Könen (Komm.) wirft den Sozialdemokraten vor, ihre Zuschauerrolle mache sie zu Schützern der Papen-Diktatur. Die Kommunisten würden die von den Nationalsozialisten erzeugte Stimmung nicht nur ausnutzen, sondern weitertreiben und den Massen zeigen, daß nicht die Salzsteuer-Soldaten gegen Papen kämpften, sondern nur die Kommunisten.

Abg. **Borck** (Dn.) betont, daß es sich für die Deutschnationalen darum handele, die Staatsautorität zu festigen, nicht darum, Demokratie und Parlamentarismus zu verteidigen. Auch wir sind der Meinung, daß der Landtagspräsident im Namen des Landtages politische Verhandlungen nicht führen kann. Wir bedauern außerordentlich, daß der Vorsitzende des marxistenfreien Präsidiums in diesem Hause es nicht fertig gebracht hat, einem nationalen Redner Ruhe zu verschaffen. (Zustimmung bei den Deutschnationalen.) Wir sehen darin eine grobe Pflichtverletzung des Präsidenten und stimmen deshalb dem Mißbilligungsantrag zu.

Abg. **Stendel** (DV.) erklärt, daß der am 30. August angenommene Antrag darum so ungeheuerlich gewesen sei, weil hier ein Urteil gefällt

Papen ruft zur Winterhilfe auf

Reichskanzler von Papen hielt im Rundfunk eine Rede, in der er u. a. sagte:

„... Die Ueberzeugung festigt sich, daß, wenn auch nicht das Ende aller Auswirkungen des ungeheuerlichen Wirtschaftsniederbruchs erreicht ist, so doch der gefahrvolle Punkt überwunden ist, der über Tod oder Leben entscheidet.

Die Reichsregierung hat für den Zeitpunkt, an dem sich eine neue, aufstrebende Entwicklung anbahnt, ihrerseits Maßnahmen getroffen, um die deutschen Wirtschaftskräfte aus ihrem Erstarrungszustande wieder zu neuer Entfaltung zu bringen. Sie hat damit den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit als eine der offenbarsten Erscheinungen des unverschuldeten Elends von Millionen darbender Volksgenossen und ihrer Familien mit Entschlossenheit aufgenommen. Sie erwartet zuversichtlich, daß sich ihre Maßnahmen schon in den nächsten Monaten heilsam auswirken werden, und daß das Gefühl der Hoffnungslosigkeit und Ratlosigkeit, von der manche Volkskreise zu Zeiten erfaßt gewesen sein mögen, bald einer zuversichtlicheren Betrachtung weichen wird.

Ein derart stetiger Gesundungsprozeß erfordert jedoch seine Zeit. Deshalb wird auch der kommende Winter dem Gemeinschaftssinn des deutschen Volkes neue große Aufgaben stellen. Bei der Massenhaftigkeit der Verarmung reichen trotz des größten Aufwandes öffentlicher Mittel die staatlichen und gemeindlichen sozialen Einrichtungen nur eben hin, um einen äußersten Lebensbedarf sicherzustellen. Wie groß dennoch die Lebensnot von Millionen deutscher Volksgenossen ist, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Sie sind täglich Zeugen ihres oft verzweifelten Lebenskampfes. Die Massen unschuldig ins Unglück Geratener haben dennoch den Glauben nicht verloren, daß sie mit ihren zermürbenden Sorgen und Entbehrungen sich wieder einmal in eine bessere Zukunft hinüberretten. Sie haben sich das Zutrauen zu sich selbst und zu ihrem Volke erhalten, aber sie werden in diesem Vertrauen neu gestärkt werden, wenn es auch in diesen Wintermonaten gelingt, ihnen einen neuen Beweis wohltätiger Nächstenliebe zu erbringen, wie es stets Christenpflicht und Christenbrauch gewesen ist. Gewiß ruhen auf allen Schultern und allen Schichten und Ständen schwere Lasten und drückende Sorgen. Die Opfertätigkeit eines jeden ist bis zum äußersten in Anspruch genommen. Den meisten wird es schwer fallen, noch etwas von dem abzugeben, was sie ihr eigen nennen oder mit Sorgen und Mühen für ihre Familien erwerben. Mancher, der gern geben möchte, wird glauben, hierzu nicht in der Lage zu sein. Viele sind selbst in Not geraten, die noch vor einem Jahr anderen helfen konnten. Um so größerer Anstrengungen wird es bedürfen, um mit den Sammlungserträgnissen gegenüber dem Vorjahre nicht zurückzustehen. Aus den Grundbindungen jedes nationalen Zusammenhaltens, Familie, Heimat, Vaterland, ergibt sich aber die Pflicht zum persönlichen Dienst des einen am andern.

Auch das Winterhilfswerk ist Dienst am Vaterland. Und auch für den Dienst an unseren deutschen Volksgenossen sollte das Dichterwort gelten: „Genug ist nicht genug".

Das letzte Winterhilfswerk hat den Beweis erbracht, wie groß und stark sich deutsche Opferbereitschaft und deutscher Opfersinn trotz allem erhalten haben. Für das letzte Hilfswerk sind vom deutschen Volke rund 100 Millionen in Geld und Sachspenden aufgebracht worden. Hunderttausenden Männern, Frauen, Vätern, Müttern und Kindern konnte damit wenigstens ein Teil des Allernotwendigsten beschafft werden, was sie sonst hätten entbehren müssen. Damit hat sich deutsche selbstlose Hilfsbereitschaft ein neues Denkmal in der Geschichte gesetzt. Allen denen, die daran mitgewirkt haben, spreche ich den Dank des Reiches aus.

Die Erfahrungen des vorigen Winters haben jedoch ferner gezeigt, daß sich unser Volk über alle weltanschaulichen und Parteischranken hinweg immer dann die Hände zu reichen willens ist, wenn es Beistand zu leisten heißt und ein Beweis nationalen Zusammenhaltens in Zeiten der Gefahr erbracht wrden soll.

Ich bin überzeugt, daß auch der diesmalige Appell an die Opferbereitschaft nicht vergeblich sein wird. Der erbarmungslose Lebenskampf des einzelnen ist ja nur ein Teil des großen Kampfes, in dem Deutschland als Ganzes steht, in dem es um seinen Bestand, sein Dasein, seine Zukunft ringt. Es ist ein Befreiungskampf, wie ihn Preußen vor 120 Jahren gekämpft hat. Jeder gebe daher nach Kräften, und sei es die unscheinbarste Spende. Sie wird den notleidenden Volksgenossen ein Zeichen dafür sein, daß auch in dem leidenschaftlichsten Streit der Meinungen ein unzerreißbares Band menschlicher Verbundenheit alle die umschließt, die sich Deutsche nennen.

wurde, obwohl eine ganz andere Instanz, nämlich der Staatsgerichtshof allein, über Verfassungsfragen zu entscheiden hat. Eine Auswirkung hat der Beschluß vom 30. August allerdings bei keinem Beamten gefunden. Von dem Landtagspräsidenten müssen wir mehr Zurückhaltung verlangen.

Abg. **Ruschke** (Staatspartei) ist der Ansicht, daß Präsident Kerrl seine Präsidentenbefugnisse erheblich überschritten habe.

Abg. **Feidt** (Christl.-Soz.) stimmt dem deutschnationalen Antrag auf Aufhebung des damaligen Landtagsbeschlusses zu und begrüßt, daß die Regierung den Parteien die starke Hand gezeigt habe.

Abg. Kube (Natsoz.): Die Staatspartei habe die Zersetzung der Staatsgesinnung in Deutschland in unerhörtester Form betrieben. Der Redner polemisiert dann im Zusammenhang mit dem Beamtenbeschluß erneut gegen die Reichsregierung und den Reichskommissar und erklärt, daß Dr. Bracht, vor den sich die Deutschnationalen stellten, beim Abbau der Parteibuchbeamten keineswegs grundsätzlich vorgegangen sei.

Als **Abg. Steuer (DN.)** das Wort nimmt, verlassen die meisten Nationalsozialisten wieder den Sitzungssaal. Nach seinen ersten Worten wird ihm von der äußersten Rechten zugerufen: „Judenjunge". (Große Heiterkeit.) Unmittelbar nach der Wahl des neuen Landtages, als das große Rätselraten begann, wen die Nationalsozialisten als Kandidaten für die Ministerpräsidentenwahl herausstellen würden, hat mir ein sehr maßgebendes Mitglied dieser Partei gesagt: Wir haben nicht die Absicht, einen Parteimann herauszustellen, sondern einen sehr hervorragenden Oberbürgermeister einer westlichen Großstadt. (Lebhaftes Hört, Hört bei den Deutschnationalen — Zuruf bei den Nationalsozialisten: Er war schlecht orientiert.) Dieser schlecht informierte Mann war Ihr (zu den Nationalsozialisten) eigener Fraktionsführer. (Heiterkeit.) Wenn die Nationalsozialisten den deutschnationalen Antrag ablehnen, und von einem Kaudinischen Joch reden, so muß man doch feststellen, daß sie vergessen, daß sie durch das Kaudinische Joch des Eingeständnisses ihrer Fehler gehen. (Heiterkeit.)

Ein hierauf von den Nationalsozialisten eingebrachter Antrag auf Schluß der Aussprache wird gegen die Nationalsozialisten abgelehnt.

Abg. Ruschke mit Gelächter und Rufen der Nationalsozialisten empfangen, bleibt trotz des Einschaltens des Lautsprechers fast unverständlich, da bei den Nationalsozialisten laute Unterhaltung einsetzt, die vom Präsidenten Kerrl nicht unterbunden werden kann. Der Präsident verläßt schließlich seinen Platz und

die Sitzung ist abermals unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung verlangt **Abg. Leinert (Soz.)** zur Geschäftsordnung das Wort und protestiert nachdrücklichst gegen das Verhalten der Nationalsozialisten.

Ein Antrag des **Abg. Leinert (Soz.)** auf Unterbrechung der Sitzung, damit der Aeltestenrat zu den Vorgängen Stellung nehmen könne, wird von allen Parteien gegen die Nationalsozialisten angenommen.

Die Sitzung wird zum viertenmal unterbrochen.

Nach etwa einstündiger Unterbrechung wird die Sitzung wieder eröffnet.

Abg. Ruschke (Staatsp.) erklärt, ich habe schon betont, daß ich nicht die Absicht hätte, auf das Niveau von Herrn Kube herunterzusteigen. (Große Erregung und Unruhe bei den Natsoz.) — **Abg. Kube (Natsoz.)** droht dem Redner mit der Faust und ruft: Schon wieder eine Provokation! (Erneuter Lärm bei den Natsoz.)

Der Präsident entzieht dem Abgeordneten Ruschke das Wort und schließt ihn von der Sitzung aus.

Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, beginnen

die Abstimmungen

Der deutschnationale Antrag, der die Aufhebung des Landtagsbeschlusses vom 30. August über die Gehorsamspflicht der Beamten gegenüber der kommissarischen Staatsregierung als gesetzwidrig fordert, wird mit 208 gegen 35 Stimmen bei 45 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Für den Antrag stimmten außer den Deutschnationalen nur die Deutsche Volkspartei sowie kleinere Gruppen, während das Zentrum sich der Stimme enthält und die Sozialdemokraten sich an der Abstimmung nicht beteiligen. Gegen den Antrag stimmen Nationalsozialisten und Kommunisten.

Der nationalsozialistische Antrag, wonach der Landtag beschließt: „Soweit die Reichsverfassung und die Verfassung des Landes Preußen von der am Ruder befindlichen Regierung gemäß dem von ihr beschworenen Eid geachtet und durchgeführt wird, ist es Pflicht der Beamten und Angestellten Preußens, die Verfassung ebenfalls zu achten und zu schützen", wird mit 156 gegen 86 Stimmen bei 45 Enthaltungen angenommen.

Für den Antrag stimmen nur die Nationalsozialisten, gegen ihn u. a. die Kommunisten, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, während vom Zentrum Enthaltungskarten abgegeben werden und sich die Sozialdemokraten wieder an der Abstimmung nicht beteiligen.

Der erstere Teil des Antrages der Zentrumspartei, in welchem davon die Rede ist, daß die Beamten trotz schwerer Gewissenskonflikte infolge des verfassungswidrigen Vorgehens der Reichsregierung ihre Amtspflichten gewissenhaft erfüllt hätten, wird abgelehnt.

Für ihn stimmen nur das Zentrum und ein Teil der Sozialdemokraten.

Der zweite Teil des Antrages wird in folgender Fassung angenommen: „Der Landtag spricht den Beamten Dank und Anerkennung aus. Gleichzeitig gibt er der Erwartung Ausdruck, daß die preußischen Beamten auch fernerhin ihre dienstlichen Obliegenheiten getreu der bewährten Berufstradition des preußischen Beamtentums zum Besten von Staat und Volk unparteiisch und gewissenhaft erfüllen werden."

Für den Antrag stimmen Nationalsozialisten, Zentrum und Deutsche Volkspartei.

Der sozialdemokratische Mißbilligungsantrag gegen den Präsidenten Kerrl wird dem Verfassungsausschusses übergeben.

Dann vertagt sich das Haus auf Freitag.

Eine Drahtung der Notgemeinschaft der deutschen Tierzuchtverbände

Die Spitzenverbände der Tierhalter und Tierzüchter Deutschlands haben ein Telegramm an den Reichskanzler und an den Reichsernährungsminister gesandt, in dem es heißt:

Verminderung der Arbeitslosigkeit, Förderung der Siedlung und Hebung der Kaufkraft der gesamten landwirtschaftlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einschließlich des mit ihnen verbundenen Handels und Gewerbes sind nur auf dem Wege der Gesundung der landwirtschaftlichen Veredelungswirtschaft möglich. Die Versammelten fordern daher zunächst die sofortige Durchführung der von dem Herrn Reichskanzler versprochenen autonomen Kontingentierungsmaßnahmen als wirksamste und am schnellsten mögliche Hilfe.

Der Reichsverband der deutschen Industrie an den Reichskanzler

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat an den Reichskanzler folgendes Telegramm gesandt:

In ernstester Sorge um die Erfolge des wirtschaftlichen Reformversuches der Reichsregierung bitten Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie einstimmig, von den beabsichtigten Kontingentierungsmaßnahmen Abstand zu nehmen. Dieser einstimmige Beschluß entstand durchaus nicht aus irgendwelcher Opposition gegen die Landwirtschaft oder gegen das auch von der Industrie dringlichst erstrebte Ziel der Wiederherstellung ihrer Rentabilität, für die wir mit der Landwirtschaft bis zum äußersten eingetreten sind und noch eintreten. Auch haben nicht einseitige Interessen der Ausfuhrindustrie die Entschließung des Reichsverbandes beeinflußt. Die einmütige Stellungnahme von Präsidium und Vorstand beruht vielmehr auf der Erkenntnis, daß eine Kontingentierung den Erfolg, den die Landwirtschaft von ihr erhofft, nicht haben kann, der Industrie aber die Möglichkeiten einer Wiederbelebung benimmt und die von der Reichsregierung erstrebten Ansätze zur Behebung der Arbeitslosigkeit gleich im ersten Stadium vernichtet.

Reichsverband der deutschen Industrie
Krupp von Bohlen und Halbach."

Kleine politische Nachrichten

Frontkriegerbund beantragt Volksbegehren für allgemeine Wehrpflicht

Der Frontkriegerbund e. V. (Reichsverband, Sitz München) hat, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten" melden, beim Reichsminister des Innern Zulassungsantrag zur Durchführung eines Volksbegehrens gestellt, das die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht zum Ziele hat. Der Zulassungsantrag ist von dem Bundesführer des Frontkriegerbundes Hugo Alletter unterzeichnet

Der Reichsbund der höheren Beamten beim Reichsfinanzminister

Vom Reichsbund der höheren Beamten wird mitgeteilt, daß der Reichsminister der Finanzen Vertreter des Reichsbundes der höheren Beamten, die ihre Besorgnisse über die fortschreitende Zersetzung des Gehalts vieler Länder- und Gemeindebeamten darlegten, empfangen hatte. Der Reichsfinanzminister verwies auf den neueingesetzten Länderausschuß, in dem auch diese Fragen zur Erörterung kommen würden und stellte eine Erwägung der vorgeschlagenen Hilfsmaßnahmen in Aussicht.

Kommunisten fordern sofortige Einberufung des Auswärtigen Ausschusses

Die kommunistischen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages haben die sofortige Einberufung des Auswärtigen Ausschusses beantragt und zwar mit folgender Tagesordnung: 1. Stellungsnahme zu der durch die deutsche Rüstungsnote an Frankreich geschaffene Lage; 2. Bericht über die Lausanner Konferenz.

Untersuchung des 12. Septembers

Im Reichstag trat am Donnerstagvormittag der Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung zu einer Sitzung in seiner neuen Gestalt als Untersuchungsausschuß zusammen. Da die Sitzung des Untersuchungsausschusses öffentlich ist, hat man sie in den großen Haushaltsausschußsaal verlegt. Für Presse und Publikum sind besondere Plätze zur Verfügung gestellt. Während die Presse zahlreich erschienen war, war das Publikum zu Beginn der Sitzung nur durch eine Person vertreten.

Im Rahmen der Untersuchung soll auch die über die Reichstagssitzung vom 12. September aufgenommene Schallplatte vorgeführt werden, zu diesem Zweck ist in einer Ecke des Saales ein großer Lautsprecher angebracht. Zu der Ausschußsitzung haben alle Fraktionen ihre Vertreter entsandt. Auch einige Ländervertreter sind erschienen.

Der offiziöse Berichterstatter der Reichstagsausschüsse scheidet freiwillig

Nach Eröffnung der Sitzung durch den **Vorsitzenden Abg. Löbe** erhält zunächst vor Eintritt in die Tagesordnung **Oberregierungsrat Dr. Radlauer** zu einer persönlichen Erklärung das Wort. Er führte u. a. aus: Es wird den meisten von Ihnen bekannt sein, daß ich seit 12 Jahren als Delegierter der Presseabteilung der Reichsregierung für den Reichstag die offiziöse Presseberichterstattung über die Sitzungen der Reichstagsausschüsse ausgeübt habe. Da jedoch der politische Kurs der jetzigen Reichsregierung meiner politischen Ueberzeugung widerspricht, habe ich mich entschlossen, daraus die Konsequenzen zu ziehen und meine vorgesetzte Behörde gebeten, mich zur Disposition zu stellen.

Vorsitzender Löbe bedauert das Ausscheiden Dr. Radlauers und kann ihm nur den Dank dafür aussprechen, daß er seine Kraft lange Jahre hindurch den Ausschüssen des Reichstages in vorbildlicher Weise zur Verfügung gestellt hat. Der Vorsitzende stellt dann fest, daß sich der Ausschuß auf Grund des Beschlusses in der letzten Sitzung als Untersuchungsausschuß konstituiert hat. Zur Untersuchung stehen

zwei Fragen:

1. In welchem Zeitpunkt ist die Wortmeldung des Reichskanzlers erfolgt, vor oder nach Eintritt in die Abstimmung?
2. In welcher Zeit und in welcher Form erfolgte die Uebergabe der Urkunde über die Auflösung und welches war das Verhalten des Präsidenten bei der Entgegennahme der Urkunde?

Als Zeugen, so fährt der Redner fort, waren zunächst geladen der Reichskanzler, der Reichsinnenminister, Staatssekretär Planck, der Reichstagspräsident und die amtierenden Schriftführer des Reichstages. Ich habe die Vorladung den erstgenannten Herren mündlich überreicht zur Vermeidung gewisser Weiterungen und Erklärung der Frage des Erscheinens und weil ich wußte, daß Bestrebungen eingeleitet waren, eine Einigung zwischen den Hauptstreitenden herbeizuführen. Der Reichskanzler gab bei diesem Besuch der Vermutung Ausdruck, die Zeugenvorladung könne geschehen sein, um die staatsrechtlichen Bedenken zu umgehen, die die Regierung gegenüber der Teilnahme am Ausschuß so lange habe, bis ihre rechtmäßige Amtswaltung von den Reichstagsinstanzen anerkannt sei. Handele es sich aber wirklich um die Feststellung des Tatbestandes über die Vorgänge in der Sitzung, so bitte ich Sie, ehe die Beteiligten selbst, die Streikenden sozusagen, vernommen werden, zuerst unbeteiligte Beobachter, Zuhörer und Zuschauer zu vernehmen. Der Einwand entbindet die Mitglieder der Reichsregierung nicht von der gesetzlichen Pflicht, vor dem Ausschuß zu erscheinen. Der Vorschlag über die Reihenfolge der Vernehmungen entbehrt nicht einer gewissen Berechtigung, und ich würde von mir aus vorschlagen, danach zu verfahren, daß zunächst andere Beobachter der Szene vernommen werden, da eine absolute Weigerung der Reichsregierung, zu erscheinen, nicht vorliegt.

Abg. **Frank II** (Natl.-Soz.) fragt, ob der Reichskanzler und die Mitglieder des Reichskabinetts in der in der Strafprozeßordnung vorgeschriebenen Form geladen worden sind.

Vors. Löbe: Sie sind in aller Form geladen, aber nicht in der in der Strafprozeßordnung vorgeschriebenen Form. Ich habe den Herren erklärt: Ich überreiche Ihnen hiermit die Vorladung des Ausschusses als Zeugen.

Abg. Frank II (Natl.-Soz.): Besteht die Absicht, die Ladung zu wiederholen?

Vors. Löbe: Ich habe die Absicht, nach Schluß der Zeugenvernehmung in einer ordentlichen Sitzung des Ausschusses über das weitere Verfahren beraten zu lassen.

Abg. Frank II (Natl.-Soz.): Wir haben ein Interesse, festzustellen, wie sich Herr von Papen zu den Vorschriften der Strafprozeßordnung stellt.

Abg. Torgler (Komm.): Die vier Hauptbeteiligten sind nicht nach den üblichen Grundsätzen geladen. Wir können nicht einsehen, daß irgendein Unterschied gemacht wird.

Vors. Löbe stellt fest, daß ein Unterschied zwischen den Zeugen nicht gemacht worden ist. Die gerichtlich vorgeschriebene Form sei keinem Zeugen gegenüber geübt worden, sondern überall sei eine Einladung in loserer Form ergangen.

Der Ausschuß tritt dann in eine nichtöffentliche Sitzung ein, um zunächst eine Einigung über das Verfahren herbeizuführen.

In dieser ordentlichen Ausschußsitzung wurde unter Annahme eines Antrages des Abg. Dr. Frank II (Natl.-Soz.)

beschlossen, die anwesenden Zeugen zu vernehmen.

Der Reichskanzler, der Reichsinnenminister und der Staatssekretär Planck sollen unter Einhaltung der in der Strafprozeßordnung vorgeschriebenen Formen und Fristen zum nächstmöglichen Termin geladen werden. Gegen den Antrag stimmten die Deutschnationalen; das Zentrum hatte sich der Stimme enthalten.

Nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit beginnt

die Zeugenvernehmung

Abg. Laverrenz (Dn.) erklärt, in der Reichstagssitzung vom 12. September hat sich nach meiner Erinnerung der Reichskanzler zweimal zum Wort gemeldet. Zwischen beiden Wortmeldungen lag die Bemühung des Staatssekretärs Planck, der den Reichstagspräsidenten auf die erste Wortmeldung des Reichskanzlers aufmerksam machte.

Vors. Löbe: Nach Ihrer Meinung ist die Wortmeldung des Reichskanzlers vor dem Antrag auf namentliche Abstimmung und vor den Worten: „Die Abstimmung ist eröffnet" erfolgt?

Zeuge **Abg. Laverrenz:** Ja und wenige Augenblicke später übergab der Reichskanzler die Auflösungsorder. Der Reichstagspräsident habe ostentativ nach links gesehen.

Vors. Löbe: Es ergibt sich aus den Photographien, daß der Reichstagspräsident nach links gesehen hat.

Die Frage eines nationalsozialistischen Abgeordneten, ob er den Eindruck gehabt habe, daß der Reichskanzler an und für sich in der Handhabung der Geschäftsordnung unschlüssig war, vermag Zeuge **Laverrenz** nicht zu beantworten. Er hat auch nicht gesehen, daß der Reichsaußenminister den Reichskanzler durch Anstoßen darauf aufmerksam machte, sich zum Wort zu melden.

Nächster Zeuge ist der Schriftführer **Abg. Schwarz** (Zentr.), der links vom Reichstagspräsidenten saß. Der Zeuge hat gehört, wie gesagt wurde: Wir stimmen ab. Nachdem dann der Präsident nochmals namentliche Abstimmung festgestellt hatte, hat der Zeuge gesehen, daß irgendwer zum Präsidententisch herantrat und etwas mit dem Präsidenten besprach. Nachher sah er, daß ein Schriftstück auf den Tisch des Präsidenten gelegt wurde, und daß der Reichskanzler sich erhoben hatte und mit der einen Hand ein Zeichen machte. Ob das eine Wortmeldung war oder nicht, konnte er nicht feststellen. Auf Fragen bestätigt der Zeuge, daß dieses Zeichen nach der Feststellung, daß namentlich abgestimmt würde, erfolgt war. Eine zweite Wortmeldung hat er nicht beobachtet.

Abg. Lindor (Natl.-Soz.), der ebenfalls Schriftführer war, erklärte, nach seiner Auffassung hat sich der Kanzler erst zum Wort gemeldet, nachdem der Reichstagspräsident erklärt hatte, daß jetzt abgestimmt werde, und zwar nachdem er schon festgestellt hatte, daß die Abstimmung namentlich ist.

Als Zeuge wird dann **Reichstagspräsident Göring** vernommen. Er schildert den Vorgang folgendermaßen: Als ich die zweite Sitzung eröffnete, wartete ich, bis die Regierung Platz genommen hatte. Ich sagte dann: Nachdem sich kein Widerspruch ergeben hat, bin ich gezwungen, die Anträge Torgler jetzt abstimmen zu lassen. Wir stimmen ab. In diesem Augenblick rief Herr Torgler: Namentlich! Ich sagte: Jawohl, namentliche Abstimmung. Auf der Regierungsbank sah ich einen Augenblick Unruhe. Da erhob sich der Reichskanzler kurz, sagte ein Wort, was in dem Bruchteil einer Sekunde nach dem Ruf des Abg. Torgler „Namentlich" erfolgte und was ich auch als namentlich verstanden habe. Es soll der Zuruf „Amtlich" gewesen sein. Daraufhin hat sich der Reichskanzler scheinbar noch einmal erhoben, das habe ich nicht genau gesehen. Der Reichskanzler hat mir weder gesagt: Ich bitte ums Wort, noch sonst etwas. Sondern nun ging der Staatssekretär zum Reichskanzler hin, kam zurück und sagte, der Herr Reichskanzler bittet ums Wort. Ich sagte: Jawohl, selbstverständlich, wenn die Abstimmung vorbei ist. Er zog sich einen Moment zurück und ging dann wieder rüber. Der Reichskanzler kam an meinen Sitz heran, sprach kein Wort, sondern schob mit zitternder Hand das Dekret auf meinen Tisch. Ich betone ausdrücklich, es war mit der weißen Seite nach oben. Ich habe das Dekret dann weggetan, weil es zunächst in der Abstimmung nichts zu besagen hatte, und nun hat, glaube ich, der Schriftführer Laverrenz mir das Dekret wieder hingelegt. Ich kann in diesem Augenblick nicht

Reichspräsident von Hindenburg bei den fremden Militärs



Reichspräsident von Hindenburg, der auch den Herbstmanövern der Reichswehr beiwohnte, begrüßt die Militärattaches der fremden Staaten

genau sagen, ob es mit der Schrift nach oben lag. Ich habe es erneut weggelegt, weil es die Abstimmung nicht stören sollte. Im Anschluß daran hat die Regierung das Plenum verlassen, und wir sind in der Abstimmung fortgefahren.

Abg. Berndt (Dn.): In der Presse war von einem Empfang die Rede, der nach der Reichstagssitzung stattgefunden hat und bei dem Sie die Aeußerung getan haben sollen, eine Wortmeldung des Kanzlers auf jeden Fall zu ignorieren. Sie haben dazu ein Dementi herausgegeben. Was haben Sie denn nun positiv gesagt?

Präsident Göring: Es handelt sich da um eine Privatunterhaltung. Ich habe diese Aeußerung weder dem Sinne noch dem Wortlaut nach gemacht. Ich kam erst um 12 Uhr nachts verspätet in eine Gesellschaft, und in dieser Gesellschaft wurde sehr kurz über die Sache hinweggegangen. Ich bitte, alle dort Anwesenden als Zeugen zu vernehmen. Alle Herren der Gesellschaft haben mir bestätigt, daß ich die Aeußerung nicht gemacht habe. Unter eigenartigen Umständen ist kürzlich in dieser Gesellschaft ein Vertreter der Scherl-Presse erschienen, der sagte, er sei angerufen worden, daß er sich sofort dorthin begeben solle. (Rufe rechts: Also ein Spitzel!) Anders kann ich mir die Dinge nicht erklären.

Abg. Berndt (Dn.): Ich stelle fest, daß die Aussage des Zeugen so zu verstehen ist, daß er über diesen Punkt bei dieser Gelegenheit nicht gesprochen hat.

Präsident Göring: Genügt diese Erklärung? Selbstverständlich haben wir über die Ereignisse gesprochen.

Abg. Dr. Frank (Nat.-Soz.): Das geht Sie gar nichts an, Herr Berndt.

Vors. Löbe: Sie dürfen nicht die Zeugenvernehmung in dieser Weise unterbrechen.

Auf Fragen des **Abg. Dr. Högner** (Soz.) bestreitet der Zeuge, daß er absichtlich dem Reichskanzler das Wort vorenthalten habe. Der Reichskanzler konnte sich vor dem Eintritt in die Sitzung schon zum Wort melden. Und wenn er zumindestens den Finger erhoben hätte, als ich sagte, ich sei gezwungen, abzustimmen, dann hätte ich ihm selbstverständlich das Wort gegeben. Ich habe wiederholt erklärt, daß es nach meinem Eindruck der Regierung darauf ankam, unter allen Umständen eine Abstimmung zu verhindern und daß ich hingegen selbstverständlich verpflichtet war, eine beantragte Abstimmung durchzuführen.

Abg. Dr. Frank (Nat.-Soz.): Wann haben Sie von dem Inhalt des Papiers Kenntnis genommen?

Zeuge: Erst nach Verkündung des Abstimmungsresultats.

Abg. Dr. Göbbels (Nat.-Soz.): Hatte Herr Laverrenz überhaupt das Recht, ein Ihnen überreichtes Schriftstück dem Reichstag vorzuweisen?

Zeuge: Der Schriftführer hat sicher zunächst das Recht und die Pflicht, mich auf ein Schriftstück aufmerksam zu machen. Darüber hinaus würde ich es in Zukunft ablehnen, daß Schriftstücke, die mir überreicht werden, vom Schriftführer weggenommen und in den Saal gezeigt werden.

Abg. Dr. Högner (Soz.): Es ist erzählt worden, der Reichskanzler habe den Reichstagspräsidenten an der Tür erwartet, wodurch der Reichstagspräsident sonst bei Eröffnung der Sitzung kommt, und der Reichstagspräsident habe absichtlich, nachdem er davon verständigt war, den Weg durch die Fraktion genommen, um auf diese Weise der Wortmeldung zu entgehen.

Zeuge Göring: Ich kann aufs bestimmteste versichern, daß daran kein wahres Wort ist. Ich ging durch die Fraktion, weil ich mit Herrn Dr. Frick noch schnell etwas zu besprechen hatte.

Abg. Schreck (Soz.): Haben Sie beobachtet, daß der Reichskanzler mit der roten Mappe ausgerüstet in den Saal trat?

Zeuge: Ich habe es nicht gesehen, wohl aber glaube ich bemerkt zu haben, daß er, als er sich hinsetzte, mit einer Mappe so nach rechts oben hin winkte und da nahm ich an, daß dies die rote Mappe sei.

Abg. Schreck: Es ist die Vermutung geäußert worden, daß Sie sich daraufhin entschlossen hätten, alles zu tun, um den Reichskanzler nicht zum Wort kommen zu lassen.

Zeuge Göring: Ich habe selbstverständlich die Pflicht, alles zu tun, um der Volksvertretung zu ihrem Recht zu verhelfen. Wenn ich weiß, daß der Reichskanzler unter allen Umständen eine Abstimmung verhindern will, so habe ich zu überlegen, was ich im Rahmen der Verfassung und Geschäftsordnung tun kann, um eine solche Abstimmung herbeizuführen. Das bestreite ich gar nicht, daß ich alle Möglichkeiten ausnutzen wollte, um dem eigenartigen Schauspiel der Regierung zuvorzukommen.

Zeuge Ackermann, Direktor des stenographischen Büros des Reichstages: Als ich nach dem Platz des Reichskanzlers blickte, war der Reichskanzler aufgestanden und hatte die Hand erhoben. Das war nach Eröffnung der Abstimmung.

Präsident Göring macht auf Vorfälle aufmerksam, bei denen in früheren Sitzungen der Reichskanzler Brüning sich erhoben hatte und wieder Platz nahm, ohne sich zum Wort zu melden.

Abg. Frank II (Nat.-Soz.) meint, aus den bisherigen Aussagen gehe überhaupt nicht klar hervor, daß der Reichskanzler sich regelrecht zum Wort gemeldet habe.

Vorsitzender: Es kommt vor, daß ein Abgeordneter aufsteht und laut um das Wort bitte. Es kommt aber auch vor, daß der Abgeordnete von seinem Platz aus ein Zeichen gibt, und ich weiß genau, um was es sich handelt. Ein Zeichengeben ist aber nur dann möglich, wenn das Haus ruhig ist.

Präsident Göring: Ich habe den Reichskanzler nicht bemerkt, bevor ich in die Abstimmung eintrat, sondern die erste Wortmeldung erfolgte — das ist außer acht gelassen worden —, als der Staatssekretär an mich herantrat und sagte: Der Reichskanzler bittet um das Wort. Das ist die Wortmeldung. Selbst wenn er zehnmal aufgestanden wäre, die Voraussetzung, ihm das Wort zu erteilen mußte sein, daß ich als Präsident es sah.

Es wird darauf **die Schallplatte** vorgeführt, die den Verlauf des in Frage stehenden Teiles der Reichstagssitzung wiedergibt. Die Wiedergabe der sehr unruhigen Reichstagssitzung ruft bei den Ausschußmitgliedern lebhafte Heiterkeit hervor.

Vorsitzender: Eine wesentliche Aufklärung ist durch die Schallplatte wohl nicht erfolgt, höchstens, daß man annehmen könnte, daß während der ersten großen Unruhe die Wortmeldung erfolgt ist.

Zeuge Chefredakteur Harnisch: Mir ist in Erinnerung, daß der Reichskanzler sich, ehe der Reichstagspräsident zum erstenmal sagte: „Wir stimmen ab", zum erstenmal durch Gesten zum Wort meldete. Bei dieser Gelegenheit blickte der Reichstagspräsident scharf nach links, wie überhaupt während des ganzen Vorganges, soweit ich beobachtete. Ich habe weiter genau beobachtet, daß, nachdem der Präsident die Worte: „Wir stimmen ab" gesprochen hatte, der Kanzler erneut den Arm erhob und sagte: „Amtlich, Herr Reichstagspräsident!" In diese Wortmeldung hinein fiel der Zuruf „Namentlich!" Das Wort „Herr Reichstagspräsident" wurde vom Reichskanzler gesprochen.

In nichtöffentlicher Sitzung wurde dann beschlossen, am Dienstag nächster Woche die Beweisaufnahme fortzusetzen. Es sollen dann von kommunistischer und nationalsozialistischer Seite benannte Zeugen gehört werden. Außerdem werden zu dieser Sitzung der Reichskanzler, der Reichsinnenminister und Staatssekretär Planck nach den Formen und Fristen der Strafprozeßordnung geladen.

Was tut der Kanzler?

Ein Berliner Blatt berichtet, daß der Kanzler sich bereit erklärt habe, vor dem Ueberwachungsausschuß des Reichstages zu erscheinen, wenn er als Zeuge über die Vorgänge in der Sitzung vom 12. September gehört werde und wenn es sich nur darum handeln würde, den Ablauf der Geschehnisse nach der Sitzungspause einwandfrei festzustellen. Der Zeugenladung würden, so heißt es in der Meldung weiter, auch Reichsinnenminister Freiherr von Gayl und Staatssekretär Planck Folge leisten, während Freiherr von Neurath am nächsten Dienstag, an dem die Verhandlung erfolgen soll, in Genf beim Völkerbund weilt und damit entschuldigt ist.

Von zuständiger Stelle wird weder eine Bestätigung noch ein Dementi zu dieser Nachricht gegeben; man weist nur darauf hin, daß kein Anlaß bestehe, die bisherige Stellungnahme der Reichsregierung zu ändern. Der Kanzler werde, so heißt es in einer Contimeldung, seinen Standpunkt erst offiziell bekanntgeben, wenn eine Vorladung erfolgt ist.

Der neue Vorsitzende der Preußischen Zentrumsfraktion



Zum Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages wurde Dr. Lauscher gewählt, der seit 1917 als Professor der Theologie an der Universität Bonn wirkt, im Jahre 1928 den Titel Päpstlicher Hausprälat erhielt und seit 1931 Ehrendomherr in Köln ist

Der neue Vorstand der preußischen Zentrumsfraktion

In der preußischen Zentrumsfraktion wurde heute die Wahl des neuen Fraktionsvorstandes vollzogen. Zum 1. Vorsitzenden wurde Abg. Prälat Dr. Lauscher, zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden Abg. Steger und zum 3. stellvertretenden Vorsitzenden Abg. Hensen gewählt. Beisitzer sind die Abgeordneten Letterhaus, Frau Stoffels, Schmelzer, Gronowski, Graf Matuschka, Kloft, Meistermann, Zawadzki, Dr. Wester, Dr. Hettlage und Diehl, ferner gehören dem Vorstand als dauernde Mitglieder noch an der zurzeit amtierende Vizepräsident des Preußischen Landtags Dr. Baumhoff und die Zentrumsmitglieder der preußischen Regierung.

Die Deportation der spanischen Aufständischen

Nach einer Meldung aus Cadiz befinden sich an Bord des spanischen Deportierungsdampfers 138 Personen, die in die Aufstandsbewegung vom 10. August verwickelt waren. Man nimmt an, daß der Dampfer Cadiz verlassen wird, um die Gefangenen nach Villa Cisneros, dem Regierungssitz des spanischen Gebiets Rio de Oro in Afrika zu bringen.

Ausdehnung des Aufstandes in Brasilien

Wie Havas aus Sao Paulo berichtet, besagt ein Bericht der Aufständischen, daß sich der Staat Para den Aufständischen angeschlossen habe.

Unsere abwartende Haltung

Von amtlicher Seite wird zu Meldungen über eine beabsichtigte schriftliche Antwort an Henderson erklärt, daß die Reichsregierung das Schreiben des Präsidenten der Abrüstungskonferenz nicht schriftlich beantworten wird. Selbstverständlich wird Reichsaußenminister Freiherr von Neurath nach seinem Eintreffen in Genf den Präsidenten Henderson aufsuchen und ihm noch einmal mündlich im einzelnen die Gründe darlegen, die Deutschland veranlaßt haben, sich an den weiteren Verhandlungen der Abrüstungskonferenz nicht zu beteiligen.

In diesem Zusammenhang, so heißt es weiter, müßten Gerüchte und Erörterungen zurückgewiesen werden, die von einer Kompromißsuche in der Abrüstungsfrage sprechen und andeuten, daß im Verlaufe von persönlichen Unterredungen zwischen den deutschen Delegierten bei der Ratstagung und der Völkerbundsversammlung und den Staatsmännern der anderen Länder Versuche einer baldmöglichsten Einigung gemacht würden.

Deutschland hat sich mit seinem Schritt in der Frage der Gleichberechtigung keineswegs in einen politischen Schmollwinkel zurückziehen wollen, weil es sich irgendwie verletzt fühlte, sondern hat sich aus schwerwiegenden sachlichen Gründen von den weiteren Verhandlungen der Abrüstungsfrage zurückgezogen. Man hat in deutschen Regierungskreisen durchaus nicht die Absicht, die weitere Entwicklung zu überstürzen, sondern ist gewillt, in Ruhe abzuwarten, wie die Gegenseite sich verhalten wird, um danach die deutsche Haltung einzurichten.

Wenn jetzt in der französischen Presse immer wieder von angeblichen Geheimdokumenten die Rede ist, so kann auch demgegenüber immer nur wieder betont werden, daß wir die Veröffentlichung solcher Geheim-Dossiers nicht zu fürchten haben, ganz abgesehen davon, daß es sich bisher immer nur um unklare Andeutungen gehandelt hat.

Das Büro der Abrüstungskonferenz

setzte Donnerstag vormittag die Aussprache über das vorliegende Arbeitsprogramm fort. Man beschloß, zunächst die Frage der Kontrolle der künftigen Abrüstungsmaßnahmen, der Einsetzung einer ständigen Kontrollkommission usw. in Angriff zu nehmen. Eine Reihe von Delegierten trat dafür ein, schon jetzt mit der Diskussion über den Ausbau der Kontrollkommission zu beginnen. Dagegen wandte sich vor allem Litwinow, der es als absurd bezeichnete, eine Kontrollkommission einzusetzen, ehe man wisse, was kontrolliert werden sollte. Der belgische Delegierte Bourquin wurde beauftragt, für das Büro einen Vorschlag auszuarbeiten.

Das Büro hat nachmittags den vorliegenden Arbeitsplan in allen Punkten durchgesprochen und sich sodann auf Anfang nächster Woche vertagt.

Zu einer lebhaften Auseinandersetzung kam es bei dem letzten Punkt des Arbeitsplanes, der von den allgemeinen und den politischen Fragen handelt und wo gesagt wird, daß es Sache des Büros sei, zu entscheiden, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Art die Prüfung dieser Fragen vorbereitet werden soll.

Litwinow erklärte, daß es jetzt an der Zeit sei, die großen Fragen, wie sie in dem Hooverplan und in den Vorschlägen Sowjetrußlands vorgelegt seien, anzupacken.

Der englische Außenminister Sir John Simon vertrat die Meinung, daß das Büro nicht dazu da sei, die großen politischen Probleme, die zur Zuständigkeit des Hauptausschusses gehörten, zu diskutieren. Das Büro habe die Aufgabe, die zweite Phase der Konferenz vorzubereiten. Die in der Resolution vom 23. 7. enthaltene Stelle über die politischen Fragen sei lediglich deshalb aufgenommen worden, um jedes Mißverständnis bezüglich der in der Resolution getroffenen Entscheidungen zu vermeiden.

Der französische Kriegsminister Paul-Boncour und der Berichterstatter **Benesch** traten den Ausführungen des englischen Außenministers bei.

Präsident Henderson jedoch vertrat einen anderen Standpunkt. Er erklärte, daß die in seinem Briefwechsel mit der deutschen Regierung aufgeworfene Frage sehr wichtig sei. Es sei unerläßlich, daß gerade Fragen dieser Art von dem Büro diskutiert würden. Er sei erstaunt, daß eine Delegation (gemeint war die französische Delegation) sich dieser Auffassung widersetze, um so mehr, als diese Delegation stets der Meinung gewesen sei, daß Probleme dieser Art nicht im Hauptausschuß, sondern in der politischen Kommission diskutiert werden müßten. Henderson erklärte ausdrücklich, daß er seine endgültige Stellungnahme vorbehalte, und daß er nach Beratung mit dem Präsidenten des Büros später auf die Frage zurückkommen werde.

Das Büro erledigte die übrigen Punkte des Arbeitsprogramms in der Weise, daß es teils Sonderkomitees einsetzte, teils Berichterstatter mit der weiteren Prüfung der Fragen beauftragte. Die Frage des Verbotes des Bombenabwurfes aus der Luft wurde offengelassen, und zwar mit der Begründung, daß Deutschland, das an diesen Fragen besonderes Interesse gezeigt habe, nicht anwesend sei.

Die nächste Sitzung des Büros findet am nächsten Montag oder Dienstag statt.

Das Arbeitszeitproblem im Internationalen Arbeitsamt

Aus Genf, 22. Sept., wird berichtet: In der heutigen Sitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes hat sich der englische Regierungsvertreter in einer längeren Rede gegen die Einberufung einer technischen Vorkonferenz zur Behandlung des italienischen Antrages über die Herabsetzung der Arbeitszeit in der Industrie ausgesprochen. Der englische Regierungsvertreter erklärte jedoch, daß seine Regierung bereit sei, die Frage einer vernünftigen Herabsetzung der Arbeitszeit zu prüfen.

Arbeitskonferenz im Januar

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat in Genf nach zweitägigen Beratungen beschlossen, zum Januar 1933 eine technische Vorkonferenz zur Behandlung des italienischen Antrages über die Herabsetzung der Arbeitszeit in der Industrie nach Genf einzuberufen. Dieser Beschluß wurde mit 16 gegen 5 Stimmen der Arbeitgeber und einer Stimme der englischen Regierung gefaßt.

Es wurde schon festgelegt, daß die evtl. Herabsetzung der Arbeitszeit bzw. die Einführung der 40stündigen Arbeitswoche ausschließlich für die Industrie gelten soll. Die Frage, ob der italienische Antrag auf dem Wege einer allgemeinen internationalen Konvention oder durch Vereinbarungen zwischen den Industrien verwirklicht werden soll, bleibt den späteren Beratungen vorbehalten. Zu der vorbereitenden Konferenz sollen auch diejenigen Staaten, die nicht der internationalen Arbeitsorganisation angehören, wie beispielsweise die Vereinigten Staaten von Amerika und Rußland, eingeladen werden.

Aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm

Die Liste der Bauvorhaben, die nach dem Arbeitsbeschaffungsprogramm für 1932 durchgeführt werden sollen, liegt nunmehr vor. Die Bauvorhaben erstrecken sich auf die Wasserbaudirektionen Dresden, Hannover, Münster und Stettin, ferner auf die Elbstrombauverwaltung, die Neckarbaudirektion, die Wasserbaudirektion Münster, die Baubehörde Lübeck, die Rheinstrombauverwaltung, die Oderstrombauverwaltung Breslau, die Verwaltung der märkischen Wasserstraßen, die Rhein-Main-Donau-AG. und auf die Bauvorhaben in Anhalt, Hessen, Bayern, Mecklenburg-Strelitz, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Schleswig und Braunschweig. Die Gesamtkosten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms belaufen sich auf 31 940 990 RM.

*

In dem jetzt vom Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft verabschiedeten Arbeitsbeschaffungsprogramm sind neue Bestellungen für die Waggonindustrie in Höhe von 20 Mill. RM. vorgesehen. Bei der Verteilung der weiteren 100 Mill. RM., die außer den durch die Steueranrechnungsscheine der Reichsbahn zufließenden 180 Mill. RM. für Aufträge beschafft werden sollen, wird vielleicht noch eine Zusatzbestellung auf die Waggonfabriken entfallen.

Trotz dieser demnächst zu erwartenden Reichsbahnaufträge wird sich, wie WTB.-Handelsdienst erfährt, eine vorübergehende Stillegung der Waggonfabriken, wie sie bereits angekündigt wurde, nicht vermeiden lassen, da die noch vorliegenden Aufträge den Werken nur noch bis Mitte oder spätestens Ende Oktober Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Bis dahin werden aber die neuen Bestellungen von der Reichsbahnverwaltung wohl kaum im einzelnen ausgearbeitet sein. Dazu kommt noch, daß es sich dabei teilweise um neue Konstruktionen für Spezialwagen handeln soll, die ebenfalls eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen, getroffen werden müssen. Die neuen Reichsbahnaufträge werden übrigens der Waggonindustrie lediglich eine Teilbeschäftigung bringen können, weil sie nur einen Bruchteil der in normalen Zeiten von der Reichsbahn für Waggonbestellungen ausgegebenen Beträge ausmachen.

Trauerfeier für Graf Gravina

In Danzig fanden unter außerordentlich starkem Andrang in der St.-Joseph-Kirche die Feierlichkeiten für den heimgegangenen Hohen Kommissar des Völkerbundes, Graf Gravina, statt. Anwesend waren u. a. Senatspräsident Dr. Ziehm, der deutsche Generalkonsul Freiherr von Tehrmann, sowie die übrigen Vertreter des Konsularkorps. Der Völkerbundsrat, der wegen der Kürze der Zeit keinen besonderen Vertreter aus Genf entsenden konnte, hatte den Kabinettschef des Hohen Kommissars, Marchese Enrico Giustiniani mit der Vertretung beauftragt. Die Messe zelebrierte Prälat Sawatzki, die Einsegnung nahm der Bischof Graf O'Rourke in vollem Bischofsornat vor. Nach dem Requiem wurde der Sarg von Beamten der Schutzpolizei zum Kraftwagen getragen, der zur Ueberführung der Leiche nach St. Albert bei Danzig diente, wo die Bestattung stattfinden soll.

Der hungernde Gandhi

Aus Poona wird gemeldet: Zwei Mitglieder der Hindudelegation erklärten nach einem Besuch bei dem Mahatma Gandhi, dessen Zweck war, ein Einvernehmen über die geplante Stellung der „Unberührbaren" unter den Wahlberechtigten zu erzielen, Gandhi sei viel schwächer geworden und seine Stimme nicht mehr so stark. Die Delegierten betonten die Notwendigkeit der Beschleunigung der Verhandlungen, denn Gandhi würde nach etwa zehn Tagen Fasten so erschöpft sein, daß er an den Besprechungen nicht mehr würde teilnehmen können. Er würde sich dann nicht mehr erholen können, obwohl es möglich sei, daß er noch vierzehn Tage lebe. Er fährt fort, zu spinnen und zu beten. Er ist in eine Zelle in der Nähe des Eingangs des Gefängnisses gebracht worden, um die Besuche zu erleichtern.

Samstag Schlichtungsverhandlungen für den Ruhrbergbau

In dem Lohn- und Arbeitszeitstreit im Ruhrkohlenbergbau hat der Schlichter für den Bezirk Westfalen die Tarifparteien zu Schlichtungsverhandlungen auf Sonnabend, 24. September, 9 Uhr vormittags, nach Essen eingeladen.

Meldungen, wonach von anderer Seite in den Tarifstreit eingegriffen sei, sind nach einer Wolffmeldung unrichtig.

Auflösung einer Reichsbannergruppe in Vorpommern

Von amtlicher preußischer Seite wird eine Meldung bestätigt, daß die Ortsgruppe des Reichsbanners in Richtenberg in Vorpommern durch Erlaß des Regierungspräsidenten Stralsund aufgelöst worden ist. Ueber die Gründe, die zur Auflösung der Reichsbannergruppe geführt haben, erfahren wir, daß eine Anzahl Mitglieder dieser Reichsbannergruppe vor einiger Zeit rechtskräftig wegen Rädelsführerschaft bei einem planmäßigen Ueberfall auf Nationalsozialisten verurteilt worden sind. In dieser Tatsache, daß es sich um eine Verurteilung wegen eines planmäßigen Ueberfalles gehandelt hat sah der Regierungspräsident das Tatbestandsmerkmal, daß die Ortsgruppe selbst als solche an dem fraglichen Ueberfall beteiligt war und richtete deshalb das Ersuchen an die Leitung der Ortsgruppe, die Beteiligten auszuschließen. Da dieses Ersuchen zunächst unbeantwortet blieb und später abgelehnt wurde, ist dann die Auflösung der Reichsbannergruppe erfolgt.

Vor der Einigung zwischen Hindus und „Unberührbaren"

Aus Puna, 22. Sept., wird gemeldet: Zwischen den Hindus und den Parias (Unberührbare) haben heute während des ganzen Tages Verhandlungen stattgefunden, um endlich für die Lösung der zwischen ihnen bestehenden Streitfragen eine Grundlage zu finden, die es Gandhi gestatte, sein Fasten abzubrechen. Eine aus Vertretern beider Verhandlungsparteien zusammengesetzte Delegation hat sich noch im Laufe des Abends zu Gandhi begeben, um ihn von dem Verlaufe der Beratungen in Kenntnis zu setzen. Die Delegierten hoffen, noch morgen zu einer endgültigen Lösung zu gelangen und wollen, sobald Gandhi sich mit dem Uebereinkommen einverstanden erklärt hat, Premierminister Macdonald davon umgehend unterrichten.

Der Besuch der Abordnung hat zwei Stunden gedauert. Gandhi, so erklärten die Delegierten, sei durch sein zweieinhalbtägiges Fasten körperlich zwar geschwächt, doch geistig durchaus rege. Er werde diese Nacht unter den Bäumen im Gefängnishof verbringen.

Unter den Besuchern befand sich heute auch die Gattin Gandhis, die aus dem Gefängnis von Ahmedabad, wo sie gefangen gehalten wird, eigens zum Zwecke dieses Besuches nach dem Gefängnis Veranwda transportiert worden war.

Der württembergische Staatspräsident beim Reichskanzler

Ein Besuch des württembergischen Staatspräsidenten Dr. Bolz beim Reichskanzler hat am Donnerstag stattgefunden. Die Unterredung dreht sich um all die Fragen, die in dem Verhältnis zwischen Reich und Ländern akut sind und die zum großen Teil auch von dem Ausschuß behandelt werden, den die Konferenz der Länderminister eingesetzt hat.

Polnischer Soldat als Spion erschossen

In der Warschauer Zitadelle wurde ein 22jähriger Soldat des polnischen Funkentelegraphen-Regiments erschossen, nachdem er in einem zweitägigen Standgerichtsverfahren wegen Spionage zum Tode verurteilt worden war. Das Urteil wurde sofort nach der Urteilsverkündung vollstreckt.

Winterzeit in Frankreich

In der Nacht zum 2. Oktober erfolgt in Frankreich der Uebergang von der Sommerzeit zur Winterzeit.

Rittergutsbesitzer von Perbandt aus der Haft entlassen. Wie die Justizpressestelle in Königsberg mitteilt, ist Rittergutsbesitzer Albert von Perbandt-Pomedien, der wegen Begünstigung der Attentäter vom 1. August verhaftet worden war, wegen Verschlimmerung eines seit längerer Zeit bestehenden Nervenleidens aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Von einer Aufrechterhaltung des Haftbefehls und der Ueberführung von Perbandt in eine Nervenklinik auf Kosten der Staatskasse ist abgesehen worden, weil ihm lediglich ein Vergehen gegen § 257 StGB. (Begünstigung) zur Last gelegt wird.

Weiterflug Bertrams. Eine „Times"-Meldung, die keinen Herkunftsort angibt, besagt: Das Seeflugzeug, in dem die deutschen Flieger Hauptmann Bertram und Klausmann im Mai dieses Jahres an der Nordwestküste Australiens notlanden mußten, sei nunmehr nach Broome (West-Australien) geflogen.

Fern-Oestliches

Japan und der Völkerbund

Associated Preß meldet aus Washington, der zur Vertretung des beurlaubten Botschafters Debutchi dort eingetroffene japanische Geschäftsträger Hirosi Saito soll die Erklärung abgegeben haben, sein Land würde nicht eine Minute zögern, aus dem Völkerbund auszutreten, falls es sich zu diesem Schritt durch den Lytton-Bericht veranlaßt sehen sollte. Japan erwarte jedoch, daß der Bericht über seine Tätigkeit in der Mandschurei nicht ungünstig ausfallen würde.

Ermordung des chinesischen Admirals

Der chinesische Konteradmiral Wu Kuang Tsung, Chef der kartographischen Abteilung des Marineministeriums wurde ermordet. Darüber berichten „Times" aus Schanghai: Eine Anzahl als Frauen gekleideter Männer drang am Mittwoch um 8,30 Uhr durch den Hintergang in das Wohnhaus ein, bemächtigte sich des Admirals, schleppte ihn auf den Treppenabsatz und gab vier Revolverschüsse auf ihn ab. Bevor die Angehörigen Lärm schlagen konnten, waren die Mörder geflüchtet. Der Admiral ist ins Krankenhaus gebracht worden, wo er starb. Ueber den Beweggrund des Verbrechens ist nichts bekannt. Auf den Admiral, der in chinesischen und ausländischen Kreisen sehr beliebt war, war bereits vor fünf Jahren ein Ueberfall verübt worden, bei dem er schwer verwundet wurde.

MLB
MODERNE LICHTBÜHNE BURSCHEID

Samstag 8.15 Uhr - Sonntag ab 5 Uhr
OTTO WALBURG in
Der Hochtourist
mit Maria Solveg, Trude Berliner und Erika Glässner. — Otto Walburg als quecksilbriger urkomischer Salon-Tiroler

Vom Täter fehlt jede Spur
mit Kurt Gerron, Fritz Kampers und Hanny Weiße. — Ein neuer Ufa-Kriminalfilm, der sich in eine atemlose Spannung hinein steigert

UFA-WOCHE
KULTURFILM
LUSTSPIEL

Demnächst: „Der Kongreß tanzt"

Benninghausen!
Am **Sonntag, den 25. September 1932,** findet bei mir **gemeinschaftliches**
Kaffee-Trinken
mit anschließendem
BALL
statt, wozu freundlichst einladet
Friedrich Haas Nachf.
Ia neue Tanzfläche.

Neuenhaus
Sonntag, den 25. September, findet in meinem renovierten Saale
gemeinschaftliches
Kaffeetrinken
mit anschließendem
Ball
statt, wozu frdl. einladet: **Alwill Speck.**

LICHTSPIELHAUS HILGEN
bringt am
Samstag 8,15 und Sonntag 5 und 8 Uhr
Dina Gralla und **Georg Alexander**
in dem großen Operetten-Tonfilm
Liebes-Expreß
Slim und Slum, die Rivalen der Liebe, in ihrem Militär-Ton-Lustspiel
Liebesabenteuer in Arabien
Hierzu
Flock und Flickie beim Fußballmatch
Ton-Lustspiel
Ton-Kulturfilm
Jugendliche haben Zutritt

KIRMES
in
Leverkusen-Steinbüchel!
Sonntag, den 25. September, ab 5 Uhr findet in meinem festlich dekorierten Saale **großer**
KIRMESBALL
statt. - Montag ab 7 Uhr der altbekannte
FAMILIENBALL
Es ladet freundlichst ein:
Ww. Kaup, Schnorrenberg
Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.

NIEMALS
sollte der Geschäftsmann seine
Reklame ganz einstellen
Der kluge Geschäftsmann inseriert trotz der Krisenzeit in dem Umfange seiner Mittel.
Wer heute inseriert, wird besonders beachtet, und hat gegenüber dem nichtinserierenden Geschäftsmann den Vorteil.
Das sollte jeder Geschäftsmann bedenken.

Bei genügender Beteiligung fährt Samstag u. Sonntag mein Omnibus nach Köln zur
Besichtigung des Flugschiffes Do X
Fahrpreis pro Person 1.20 RM.
Oskar Kämper
Burscheid, Fernsprecher 445.

Bestellungen
auf
Weiß- und Rotkohl
sowie auf
Einkeller-Kartoffeln
(Industrie und Nieren)
nimmt von heute an entgegen
Oskar Kämper
Burscheid, Fernsprecher 445.

Bauholz
Bretter
Dielen, Latten, Rahmen u. Fußboden in allen vorkommenden Breiten und Stärken
Fußleisten, Spalierlatten Kalk-, Hohl- und Tapeten-Leisten
zu den billigsten Tagespreisen stets vorrätig
Oskar Heinrichs
Holzhandlung u. -Bearbeitung
Burscheid, Fernspr. 520.

Für Winterbedarf!
Nehme Aufträge entgegen zur Lieferung von
Industrie-Speise-Kartoffeln
zum
Einkellern
Wilhelm Haas
Burscheid, Fernspr. 595.

Wohnung
von 2 bis 3 Zimmern
von kinderlosem Ehepaar zu mieten gesucht.
Offerten unter H. G. an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Bin unter
Nr. 232
an das hiesige Fernsprechnetz angeschlossen.
Karl Thelen
Burscheid.

Sauberes, zuverlässiges
Halbtags-Mädchen
gesucht. Vorzustellen abends 7 bis 8 Uhr.
Burscheid, Hauptstr. 1
1. Etage.

Am Dünweg, Dabringhauserstraße, Hilgen bei sof. Barzahlung
Bauplatz
ca. 60—70 Rth. **gesucht.**
Angebote unter **K. 15** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Schöne, abgeschlossene
3 Zimmer-Wohnung
1. Etage, mit Badezimmer u. Garten, sofort zu vermieten.
Otto Renzmann
Heide-Hilgen
Fernspr. 527 Amt Burscheid.

Schöne geräumige
2 Zimmer-Wohnung
mit Keller und Garten
in Dierath, nach der Straße gelegen, an kinderloses Ehepaar auf Mitte Oktober oder 1. November billig zu vermieten.
Louis Göddertz, Dierath.

Kipp & Grünhoff
Opladen, Telefon 45
Holz- u. Baustoffhandlung
Bord, Dielen, Latten
Fußboden, Rahmen
Pitschpine, Redpine
Poln. Kiefern
Sperrholz etc.

Drucksachen
liefert die Buchdruckerei dieser Zeitung.

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid

Burscheider Zeitung

Nr. 224 2. Blatt Freitag, 23. September 1932

Herbstanfang

Dicke, weiße Nebelschwaden lagern über dem Bachtal. Zwischen Bäumen und Büschen haben Spinnen ihre Netze gezogen. Feiner Tau hängt an Gräsern und Halmen. Ein sanfter Wind weht, der mich in der frühen Morgenstunde frieren läßt. Langsam taucht die Sonne aus dem Nebelmeer auf. Ein schöner, sonniger Herbsttag bricht an. Bald strahlt die Sonne in ihrer ganzen Pracht. Ein mächtiger, feuergoldener Ball spiegelt sich in dem munter dahinplätschernden Bächlein ....

In dem nahen Wald jagt der Bussard zwischen den Stämmen. Lautlos schwebt er mit den graubraunen Schwingen dahin, kraftvoll, majestätisch. Seine farbigen Augen sind an den Boden geheftet. Es ist ein herrlicher Anblick, den mächtigen Vogel zu beobachten. Träumend genieße ich das stille, herbstliche Waldglück. Ein Wildtaubenpaar, dessen Lachen und Plaudern ich schon von weitem höre, schreckt mich aus meinen Träumereien.

Voller Wehmut schauen mich die zarten Kelche der Herbstzeitlose vom Buschrain an. Ihre Farben sind verblaßt. Die Natur hat einen ernsteren Charakter angenommen. Auf einer Weide grasen Schafe. Das Laub eines Haselnußstrauches wiegt sich braun im Wind. Sinnend blicke ich einem weißen Wolkenfetzen nach, der in die Ferne eilt.

In dem gepflegten Blumengarten des Bauernhofes, an dem mich mein Weg vorbeiführt, prangen blaue Astern. Majestätische Dahlien leuchten in ihren roten Blüten. Ueberall glitzern die Silberfäden der Spinnengewebe, perlend vom Tau.

Eine wehmütige Stimmung kommt in mir auf. Bald wird der herbstliche Farbenzauber verschwunden sein.

Da raschelt aus der Linde ein welkes Blatt zur Erde. Dort wieder eins ... Ein matter, trauriger Ton liegt über den verfärbten, hohen Baumkronen. Ich wende mich um wie nach einer liebgewordenen Stätte, die ich so bald nicht wieder sehen soll. Langsam lenke ich meine Schritte heimwärts .....

*

Nun ist auch der Sommer an uns vorüber gezogen und hat endgültig von uns Abschied genommen. Herbstanfang ist da! Herbststimmung liegt über den Fluren: Heute der Himmel blau, die Luft klar, die Sonne hell, morgen der Himmel grau, die Luft neblig und regenfeucht, die Sonne hinter dichtem Wolkenmantel versteckt. Ein richtiges Abschiednehmen von jugendlich-lachendem Sommerglück, ein Uebergang zu abgeklärt-ruhiger Herbstesfreundschaft.

Man sagt, Herbsttage stimmen elegisch, legen eine schmerzlindernde Ruhe dem denkenden Menschen auf Brust und Herz. Hoheitsvoll-unnahbar in ihrer Trauer recken die Bäume ihre entblößten Astarme in die Herbstluft hinein. Die gesamte Natur ist in einem Entwicklungsverfahren begriffen, das der Vergänglichkeit Duft atmet. Vergänglichkeit? Nur bis zu einem Zeitabschnitt, da aus ihrem letzten Loch die Jugend wieder frisch knospend hervortreibt und mit ihr der wilde ungebändigte Lenz nach dem Abstieg des greisenhaften Winters vom Naturtheater seine Arme sehnsüchtig über die Lande streckt.

Bis diese Zeit wieder gekommen ist, wird es hoffentlich in uns und um uns anders aussehen!

Keine Spätverbindung im Winterplan

Vor einigen Wochen haben wir bereits mitgeteilt, daß im kommenden Winterfahrplan die Reichsbahndirektion unsere beiden Spätzüge in der Richtung Opladen und in der Richtung Lennep wiederum gestrichen hat und zwar an den Wochentagen von Montags bis Freitags. An Samstagen und Sonntagen sollen diese Züge aber doch verkehren. Die Reichsbahn sah sich zu diesem für unsere Strecke so einschneidenden Schritte gezwungen, da sich diese Züge nicht mehr rentieren und sie zu Einsparungen gezwungen ist. Wir hatten damals der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Kraftverkehr Rhein-Wupper GmbH uns auch diesmal aus der Verkehrsnot helfen werde und abends einen Spätwagen laufen lasse. Die Verhandlungen dieserhalb zwischen dem Kreisverkehrsverband, den Verkehrs- und Verschönerungsvereinen von Wermelskirchen und Burscheid einerseits und der Rhein-Wupper GmbH andererseits haben leider zu keinem Erfolg geführt. Die genannte Verkehrsgesellschaft glaubte mit Rücksicht auf den auch bei den Autobuslinien zu verzeichnenden Verkehrsrückgang dem Antrage nicht entsprechen zu können, zumal durch die Schaffung der Spätverbindung eine erhebliche Belastung entstände, die bei der zu erwartenden schwachen Besetzung des einzulegenden Autobus in der heutigen Zeit nicht zu rechtfertigen sei. Da halfen auch alle Bitten und Einwendungen nichts, die Rhein-Wupper ließ sich nicht erweichen. Die Folge ist also für uns, daß wir mit Beginn des neuen Winterfahrplans um 20,44 Uhr bezw. um 22,21 Uhr zu Hause sein müssen. Wer diese für uns letzten Züge nicht mehr erreicht, der muß eben sehen, wie er heim kommt. Die Burscheider werden also solide Leute werden!

Unser neuer Roman

Das lächelnde Java

ROMAN VON ARNO FRANZ.

Es gibt nur wenig Bevorzugte, denen es vergönnt ist, Indiens Wunderwelt kennen zu lernen und die sonnige Südsee zu schauen. In unserem heute beginnenden neuen Roman führt uns der Schriftsteller dort ein. Er vermittelt uns — ganz unaufdringlich und fast liebevoll — eine intime Kenntnis Kalkuttas, Benares und Javas. In seinem Roman begegnen wir neben reichem Erleben bleibenden Werten.

Wir sind der festen Ueberzeugung, daß ihn unsere Freunde mit immer steigendem Interesse und nicht ohne innere Bereicherung aus der Hand legen werden.

Nach wie vor unfreundliches Gesicht

Arbeitsmarktbericht für die Zeit vom 1.—15. September

Der Arbeitsmarkt zeigt im Ganzen gesehen, nach wie vor ein unfreundliches Gesicht, wenn auch schwache freundliche Züge hier und da erkennbar sind.

Aus den verschiedensten Berufsgruppen kommen Entlassungen, denen nur vereinzelte Einstellungen in der Metallindustrie und dem Baugewerbe und seinen Nebengewerben gegenüberstehen.

Bezeichnend für die Arbeitsmarktlage ist der starke Zudrang zum freiwilligen Arbeitsdienst. Insbesondere drängen junge Leute, die aus irgend einem Grunde — sei es weil die Unterhaltspflicht des Vaters (§ 87 Abs. 2 AVAVG) herangezogen wird, oder die Bedürftigkeit auf Grund von Artikel 3 der Notverordnung vom 14. Juni 1932 nach einem Unterstützungsbezug von 36 Tagen verneint wird — vom Unterstützungsbezug ausgeschlossen sind, sehr lebhaft zum freiwilligen Arbeitsdienst. Zahlreiche ältere Jungmänner zwischen 25 und 30 Jahren wären gern bereit sich an den Arbeiten zu beteiligen. Techniker und Ingenieure stellen sich zur Verfügung. Den Anträgen auf Einreihung in den freiwilligen Arbeitsdienst kann z. Zt. in vielen Fällen nicht entsprochen werden, weil die laufenden Dienste überfüllt und die neuen teilweise noch nicht genehmigt sind oder sich in Vorbereitung befinden. Zur Zeit sind im Bereich des Arbeitsamtes Opladen acht Maßnahmen in Durchführung begriffen, wobei 215 Arbeitsdienstwillige beschäftigt werden.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger beträgt 3387 (Alu 1485, Kru 1902) davon 482 Weibliche (Alu 240, Kru 242), ein Mehr von 15 Personen gegenüber dem letzten Berichtstage.

Bei den Notstandsarbeiten an der Autostraße mußten Entlassungen erfolgen. Es sind 225 Leute beschäftigt gegen 311 am vorigen Berichtstage.

Die Schuhfabrik in Burscheid machte der Belegschaft durch Anschlag die beabsichtigte Einführung von Kurzarbeit bekannt.

In der Burscheider Metallindustrie waren Wiedereinstellungen zu verzeichnen.

Wirtschaftl. Zerrüttung der Gaststätten

Verbandstagung des Provinzialwirteverbandes Rheinland

Im Rahmen der 7. Westdeutschen Gastwirtsmesse hielt der Provinzialwirteverband Rheinland im Deutschen Gastwirteverband in Verbindung mit dem Verband Rheinischer Hotels, Restaurants und verwandter Betriebe gestern nachmittag im großen Kongreßsaal der Kölner Messe eine mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Programms und die Anwesenheit zahlreicher Gastwirte in Köln stark besuchte Verbandstagung ab.

Nach Begrüßungsansprachen warf der Vorsitzende des Provinzialwirteverbandes Rheinland, Stadtverordneter Franz Runge, einen Rückblick auf den 57. Verbandstag des Deutschen Gastwirteverbandes in Münster. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein von tiefer Sachkenntnis zeugendes Referat des 2. Vorsitzenden des Verbandes, Stadtverordneten Robert Schöpwinkel, Düsseldorf, der sich über die erschütternde Lage des rheinischen Gastwirtsgewerbes, über Ursuchen des Zusammenbruchs und Möglichkeiten zum Wiederaufstieg verbreitete.

Während alle übrigen Gewerbezweige, so führte der Redner aus, gegenüber 1913 mit der etwa vierfachen steuerlichen Belastung belegt sind, beträgt diese im Gastwirtsgewerbe das Zwanzigfache. Der Redner fand scharfe Worte gegen die verfehlte Dividendenpolitik der Brauereien, die absolut nicht ein Bild der wirklichen Lage der deutschen Brauereien darstelle, wofür das heute dividendenlose Aktienkapital zahlreicher, ja der meisten Brauereien, der beste Beweis sei. Diese Tatsache erhärtete Schöpwinkel durch umfangreiches Zahlenmaterial. Diese von den Brauereien bisher betriebene verfehlte Dividendenpolitik habe nur allzu stark auf das Gastwirtsgewerbe abgefärbt und dessen wirtschaftliche Lage in der Oeffentlichkeit in ein durchaus falsches Licht gestellt. Wie es in Wirklichkeit aussehe, davon könne sich nur der ein Bild machen, der in den Organisationsbüros tagtäglich die erschütterndsten und niederschmetterndsten Einblicke in die wirtschaftliche Zerrüttung und die Depression tuen könne, die heute in zahlreichen Gastwirtsbetrieben herrschen. Noch heute habe er erfahren, daß sämtliche Hotellbetriebe in Bad Bertrich a. d. Mosel, 40 an der Zahl, restlos gepfändet worden seien, und daß Versteigerungstermine am 1. Oktober anständen.

Diese furchtbaren Folgen, führte Redner weiter aus, seien das Ergebnis einer sinnlosen steuerlichen Belastung und unerhört scharfer Steuereintreibungsmaßnahmen. Wenn es aus diesem Dilemma überhaupt noch einen Ausweg gebe, so nur dann, wenn das Gastwirtsgewerbe von der Last der Hauszinssteuer befreit und von seinen steuerlichen Sonderverpflichtungen enthoben wird. In Baden, Württemberg und Sachsen sei man in dieser Hinsicht schon sehr viel weiter gekommen, warum nicht in Preußen? Wo Ansätze gemacht worden seien, habe man in letzter Minute aus Furcht vor Berufungsfällen den Hilfsmaßnahmen die Spitze gebrochen und nur Milderungsmaßnahmen für Einzelfälle ins Auge gefaßt. Dabei müsse gesagt werden, daß es sich absolut nicht mehr um Einzelfälle, sondern um den Stand als solchen handele. So viel auch vom Silberstreifen geredet werde, das Gastwirtsgewerbe sei zu oft enttäuscht worden, um nicht auch den erneut von der Regierung unternommenen Ankurbelungsversuchen mit größtem Pessimismus gegenüberzustehen. Dieser Pessimismus sei wohl zu verstehen, wenn man bedenke, daß das Gastwirtsgewerbe einer der konjunkturempfindlichsten Gewerbezweige ist. Auch bei den neuerlich unternommenen Versuchen müsse man leider feststellen, daß wiederum die Politik im Vordergrunde, die Wirtschaft und das öffentliche Interesse aber sehr im Hintergrunde ständen. Der Gastwirtestand erhebe seine Klage gegen Reich, Staat, Gemeinden und Parteien und betone ausdrücklich, daß er bereit sei, ohne Subventionen aus eigener Kraft zum Wiederaufbau der Wirtschaft beizutragen, daß er aber gleichzeitig Verständnis und Förderung von Behörden und politischen Vertretungen fordere.

Redner schloß mit dem Hinweis, daß die gegenwärtige 7. Westdeutsche Gastwirtsmesse ein Dokument für den ungebrochenen Mut und den Willen zum Wiederaufbau der rheinischen Gastwirte darstelle.

Landesarbeitsamt und Gastwirtsmesse

Die Vermittlung von Gastwirtsangestellten durch die Arbeitsämter ist auch heute trotz der Wirtschaftslage, die eine umfangreichere Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter in den meisten Berufen durchweg unmöglich macht, noch lebhaft. So wurden im Bereich des Landesarbeitsamtes Rheinland im Jahre 1931 im Gastwirts- und Vergnügungsgewerbe von den Arbeitsämtern über 73 000 Vermittlungen getätigt. Von den insgesamt durch öffentliche oder nichtöffentliche Einrichtungen durchgeführten Vermittlungen in diesen Berufen entfielen allein 91 Prozent auf die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter. Die Vorteile der öffentlichen Arbeitsvermittlung: Schnelligkeit, Kostenlosigkeit, auswahlreiches Angebot von Arbeitskräften, sind allerdings auch gerade in der Gastwirtsgehilfenvermittlung besonders augenscheinlich. Das gilt nicht blos für die zahlreichen kurzfristigen Vermittlungen von Wochenend- und Sonntagsaushilfen, sondern auch für die Vermittlung von qualifiziertem männlichen und weiblichen Dauerpersonal.

Das Landesarbeitsamt Rheinland hat deshalb die Gelegenheit der 7. Westdeutschen Gastwirts- und Hotelfach-Messe, die gegenwärtig in Köln stattfindet, benutzt, um im Rahmen der Messe durch die eigene kleine Ausstellung für den Gedanken der öffentlichen Arbeitsvermittlung im Gastwirtschaftsgewerbe zu werben. In plastischen und bildlichen Darstellungen wird hier anschaulich zu machen versucht, daß den Arbeitsämtern Arbeitskräfte aller Spezialberufe für die Vermittlung zur Verfügung stehen und daß ein Telephonruf genügt, um die gewünschte Kraft zu besorgen. Diese Behauptung wird gleich in der Praxis bewiesen durch eine vom Arbeitsamt Köln mit Unterstützung der Ausstellungsleitung auf dem Ausstellungsgelände bereits vor Beginn der Messe eingerichteten Vermittlungshilfstelle, die den Ausstellern für die Vermittlung von Personal kostenlos zur Verfügung steht und bisher bereits außerordentlich lebhaft in Anspruch genommen wurde.

Aus der Gemeinde Odenthal

Führerprüfung

Bei der Führerprüfung am vergangenen Sonntag war auch die freiw. Sanitätskolonne Odenthal vertreten. Es bestand Herr Adam Schmidt aus Odenthal die Prüfung als Zugführer und Herr Jos. Spiegel aus Grimberg die Prüfung als Gruppenführer.

Aus der Heimat

Moderne Lichtbühne Burscheid

Zum erstenmal spielt Otto Wallburg, der große Komiker, im „Hochtourist", der am Samstag und Sonntag in dem genannten Kino aufgeführt wird, die Hauptrolle. Das bedeutet, daß eine leichtgeschürzte Muse den im faunischen Liebreiz strahlenden Otto Wallburg zu aller Freude köstlichen Humor, Laune und Frohsinn verzapfen läßt. Zum erstenmal schwingt sich das leichte Kind der Tonfilmkunst, das Lustspiel, zu den lichten Höhen der Berge, die diesmal einen kostbaren Quell nie versiegender Heiterkeit in sich bergen.

Im Beiprogramm wird u. a. der Kriminalfilm „Vom Täter fehlt jede Spur", ein Ausschnitt aus der Wirklichkeit unter kluger Nutzung des Details geschickt entwickelten Vorgänge gegeben. Eine gerade wegen ihrer nüchternen Eindringlichkeit lobenswerte Arbeit, eine außerordentliche Leistung.

Siehe auch Anzeige in vorliegender Ausgabe.

Lichtspielhaus Hilgen

Zum Wochenende bringt das Lichtspielhaus Hilgen die Verfilmung der Operette „Es lebe die Liebe" mit dem Tonfilmkitel „Liebesexpreß" heraus. Dieser Film ist u. a. durch seine Schlager bekanntgeworden wie „Das alte Lied: Ich liebe dich!", „Ich such' ein Mädel" und „Wenn das Glück Dich besucht, sei zu Haus ... !"

Slim und Slum, die beiden Rivalen der Liebe, zeigen sich in dem guten Militärtonlustspiel „Liebesabenteuer in Arabien". Im Beiprogramm ist dann noch zu sehen „Flock und Flickie beim Fußballmatch", Tonlustspiel und Tonkulturfilm.

Im Anzeigenteil der vorliegenden Ausgabe wird besonders betont, daß Jugendliche Zutritt haben.

Kaffeevisite in Benninghausen

Die Gastwirtschaft Friedrich Haas Nachf. ladet im Anzeigenteil der vorliegenden Ausgabe zum gemeinschaftlichen Kaffeetrinken mit anschließendem Ball am kommenden Sonntag ein. In Benninghausen wird man gewiß einige recht vergnügte Stunden verleben und darum ist ein Besuch nur zu empfehlen.

Kirmes in Steinbüchel

Am kommenden Sonntag und Montag findet

Kampf den Geschlechtskrankheiten

Am 23. und 24. September wird in Köln die Jahresversammlung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten abgehalten werden. Am 23. September nachmittags 6 Uhr tritt der Ausschuß der Gesellschaft zu internen Besprechungen über das Arbeitsprogramm zusammen. Am 24. September morgens 10 Uhr werden in einer großen öffentlichen Veranstaltung im Gürzenichsaal die schwierigen Probleme, welche durch das Reichsgesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten (RGBG) aufgerollt worden sind, erörtert werden. So gut das RGBG hygienisch bereits gewirkt haben mag, es hat doch bei weitem nicht alle Schwierigkeiten beseitigt. Es hat keine Handhabe gegeben zu verhindern, daß in manchen Städten die Prostitution auf der Straße stark in Erscheinung tritt. Doch ist auch die Reinheit der Straße vom Gesetzgeber erwünscht worden. Außer diesen organisatorischen Fragen, die hoffentlich zu einer erfolgreichen Beantwortung kommen werden, wird sich die Tagung mit dem Problem der Gonorrhoeerkrankung befassen. Ein wesentlicher Fortschritt im Kampfe gegen diese stark verbreitete und ansteckende Krankheit wird erst dann erreicht werden, wenn es uns gelingt, solche Behandlungsmethoden zu finden, wie sie uns die wissenschaftliche Forschung für die Bekämpfung der Syphilis geschenkt hat. Ueber erfreuliche Anfänge kann berichtet werden. Aber auch diese Frage ist keine rein medizinische. Um zu einem Erfolg in der Eindämmung der Gonorrhoe zu kommen, muß die gesamte Bevölkerung mitarbeiten, und um das zu können, muß sie über die Gefahren belehrt werden, welche in dieser ernsten Erkrankung liegen.

Bei den Verhandlungen sind Gäste, die Interesse an diesen Fragen nehmen, willkommen.

Ernteerträge und Saatenstand

Wie es in unserem Regierungsbezirk aussieht — Gute Erträge — Mangelndes Betriebskapital in der Landwirtschaft — Das große Angebot drückt die Preise — Guter Stand der Saaten

Die Ernteerträge im Regierungsbezirk Düsseldorf weisen pro Hektar auf Doppelzentner ausgerechnet einen Durchschnitt auf, der teilweise den Durchschnitt des preuß. Staatsgebietes weit übertrifft. Eine Ausnahme machen lediglich Sommerweizen, Erbsen und Stangen- und Buschbohnen.

Er ergeben sich folgende Zahlen, wobei die eingeklammerte Zahl den preußischen Staatsdurchschnitt und die freie Zahl den des Regierungsbezirkes darstellt: Winterweizen 24,7 (23), Sommerweizen 19,60 (22,2), Winterroggen 24,2 (18,8), Ackerbohnen 22,5 (18,4), Lupinen 14 (12), Mischfrucht 21 (17,7), Wintergerste 27,2 (25,6), Sommergerste 22,8 (20,8), Hafer 24,2 (21), Erbsen aller Art 16,1 (16,8), Stangen- und Buschbohnen 15 (15,7), Wicken 16 (15,2), Hülsenfruchtgemenge ohne Getreide 17,5 (16).

Durch die in diesen Ziffern zum Ausdruck kommenden besseren Erträge, die allgemein im Westen zu verzeichnen sind, wird es erklärlich, daß die Produktennotierungen an den westdeutschen Börsen erheblich niedriger liegen als z. B. in Berlin. Das hat sich in fast allen Fruchtarten ausgewirkt, bei denen die Erträge über dem preußischen Staatsdurchschnitt liegen. Infolge der besseren Erträge macht sich daher auch ein größeres Angebot geltend, das recht erheblich auf die Preise drückt. Während unter anderem der Preis für rheinischen Roggen meist bei 21,50 Mark lag, war bei der letzten Kölner Notierung am Dienstag nur ein Preis von 17,25 Mark zu verzeichnen. Das größere Angebot resultiert aus der Tatsache, daß der Landwirt unbedingt gezwungen ist zu verkaufen, da er auf bares Geld angewiesen ist. Hätte die Landwirtschaft mehr Betriebskapital zur Verfügung, so könnten die Ernteerträge eingelagert werden und zu einem späteren Datum bei einer stärker werdenden Nachfrage abgestoßen werden. Auf diese Weise ließen sich größere Gewinne erzielen, aber so stellt sich der Zustand ein, daß trotz der guten Ernte Preise festgestellt werden, die das Mehr an Arbeit kaum decken und daß die jetzt der Landwirtschaft zufließenden Kapitalien nicht imstande sind, nennenswerte Erleichterungen zu bringen. Man hat bereits große Pläne zur Aufspeicherung von Ernten an die Oeffentlichkeit gebracht, aber es ist bisher keiner zur Durchführung gekommen. Ob es je dazu kommen wird, bleibt eine große Frage. Und so wird man sich weiter mit der Tatsache begnügen müssen, daß der Handel die augenblicklich billigen Ernteerzeugnisse auffängt, um sie im kommenden Frühjahr mit einer erheblichen Verdienstspanne abzustoßen. Aber wie gesagt: Das Hauptübel ist und bleibt das mangelnde Betriebskapital in der Landwirtschaft, durch das der Verkauf der Ernteerträge um jeden Preis bedingt wird.

Nun noch einen Blick auf den Saatenstand, wie er sich für den Anfang September ergibt. Hier ist der erfreuliche Zustand zu verzeichnen, daß die Zahlen des Regierungsbezirkes Düsseldorf über dem preußischen Staatsdurchschnitt liegen. Wieder sind den Zahlen des Regierungsbezirkes die des preußischen Staatsdurchschnittes in Klammern beigefügt, wobei 1 ist sehr gut, 2 ist gut, 3 ist mittel und 4 ist gering bedeutet. Es ergibt sich folgendes Bild: Spätkartoffeln 2,5 (2,7), Zuckerrüben 2,6 (2,6), Futterrüben 2,7 (2,7), Kohlrüben 3 (2,8), Klee 3,5 (2,9), Luzerne 3 (2,8), Be- und Entwässerungswiesen 3 (2,8), andere Wiesen 3,5 (3), Viehweiden 3,6 (3,1).

Der Kurszettel der Hausfrau

Versteigerungsbericht der KOG

Es wurden am 22. September erzielt je 100 Pfund: Spätkartoffeln 2—2,30; Sommerspinat 0,50—2,10; Feldsalat 2,80—3,30; Wirsing (grün) 1,40—3,—; Rotkohl 1,20—2,—; Butterkohl 0,90—1,20; Weißkohl 1—1,90; Strauchbohnen 11,30—16,40; Stangenbohnen 11,50—16,60; Wollbohnen 6,50—12,30; Straucherbsen 15,40—18; Zwiebeln 4,50; rote Möhren 1,90—2,90; rote Beete 2—2,20; Tomaten a, b, c, 2,30—7,10; Rübstiel 0,70—0,90; Kürbis 1,90—2,20. Je 100 Stück: Essiggurken a, b, 0,29—0,80; Salzgurken c, d, 0,29—0,80. Je 100 Pfund: Birnen I 5,90—15,90; Birnen II 5,30—9,—; Aepfel I 8,20—15,10; Aepfel II 6—6,20; Quitten 6,30; Pflaumen 8,40—10,30; Pfirsiche 17,90—25,80. Je 100 Stück: Sellerie I 8,60—14,30; II 2,40—6,70; Porree I 0,50—1,60; Blumenkohl I 12,10—13,30; II 3,60—6,10; Kopfsalat I 0,90—3,60; Endivien I 0,90—4,—; Kastengurken I 13,70—20,70; II 7,10—8,40; Kohlrabie blau I 1,30—2,80; Hühnereier S, A, B, C, D, 10,—.

Anfuhr stark, Nachfrage gut.

Nächste Versteigerung: Montag, 13,30 Uhr.

Devisenverkehr mit der Reichsbank

Die Solinger Industrie- und Handelskammer weist darauf hin, daß eine neue Ausgabe der Allgemeinen Bestimmungen über den Devisenverkehr mit der Reichsbank erschienen ist. Interessenten können den Abdruck von der Reichsbank erhalten.

Gegen fragwürdige Siedlungsunternehmen

Der preußische Minister für Volkswohlfahrt wendet sich in einem soeben an die Regierungspräsidenten ergangenen Erlaß gegen eine zu starke Ausdehnung der Siedlungsbewegung durch Neugründungen von Siedlungsgesellschaften und Siedlungsvereinen, weil begründeter Anlaß besteht, daß diese neuen Siedlungsvereine hinsichtlich ihrer technischen und finanziellen Leistungsfähigkeit keinerlei Gewähr für die Erfüllung ihrer Versprechungen oder übernommenen Verpflichtungen bieten. Der Minister verweist auf die Schutzvorschrift des Paragraphen 22 der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 1. Dezember 1930 und die Möglichkeit der Strafverfolgung bei widerrechtlicher Beilegung der Bezeichnung als „gemeinnützig". Der Erlaß enthält schließlich die Anregung, die zahlreich vorhandenen Siedlungsvereine zu einem Reichsverband nach Art des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands zusammenzuschließen, dessen Organisation und Leitung durch Auswahl geeigneter Persönlichkeiten eine Gewähr dafür bietet, daß nur unbedingt zuverlässige Unternehmen und Vereine aufgenommen werden.

Strafbarer Güterfernverkehr

Amtlich wird mitgeteilt: Unterbietungen des Reichskraftwagentarifs durch Unternehmer, die nicht einmal die nach der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 erforderliche Genehmigung besitzen, sind in letzter Zeit mehrfach festgestellt worden. Der Betrieb von Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen ohne Genehmigung ist strafrechtlich zu verfolgen (§ 31 der Verordnung), das Fahrzeug des Unternehmers kann eingezogen werden. Daneben unterliegt die Unterbietung des Reichskraftwagentarifs nach § 24 der Verordnung der Verhängung eines Strafgeldes durch die Verwaltungsbehörde.

in Steinbüchel die Herbstkirmes statt. Es ist eine alte Tradition, daß in der alten Kirchengemeinde Steinbüchel zweimal Kirmes gefeiert wird. Die erste findet im Mai und ausschließlich in der Ortschaft Fettehenne statt, die zweite Kirmes ist am letzten Sonntag im September und erfaßt die oberen Ortschaften und Gehöfte der Kirchengemeinde.

Im Anzeigenteil der vorliegenden Ausgabe ladet Frau Wwe. Kamp in Schnorrenberg zu den Kirmesbällen ein, die am Sonntag um 5 Uhr und am Montag um 7 Uhr beginnen. Daß Küche und Keller das Beste bieten, ist hinlänglich bekannt.

Platzkonzert in Dierath

Unser rühriger Oelberger Musikverein veranstaltet am kommenden Sonntag, den 25. September, vorm. 11,30 Uhr, für die Einwohner des unteren Gemeindebezirks an der Schule zu Dierath ein Platzkonzert. Diesem liegt folgende Vortragsfolge zu Grunde:

1. Bombardon-Marsch aus der Oper „Das goldene Kreuz" (Armeemarsch Nr. 205) — Brüll
2. Ouvertüre zur Oper „Die Entführung aus dem Serail" — Mozart
3. Drei altniederländische Volkslieder — Valerius
   a) Wilhelmus von Nassauen
   b) Kriegelied
   c) Bergen op Zoom.
4. „Einzug der Herbstblumen", Charakterstück — Kockert
5. „An Dich", Walzer — Waldteufel
6. „Deutsche Marschperlen", ein Potpourri schneidiger Märsche — Blankenburg

Es wäre zu wünschen, daß gutes Wetter der Veranstaltung beschieden ist. An Besuchern wird es dann nach den gemachten Erfahrungen sicherlich nicht fehlen.

Im weißen Rössl

Das mit sehr großem Beifall aufgenommene Singspiel „Im weißen Rössl" im Kölner Opernhaus wird am kommenden Dienstag, den 27. September, vom Spielplan abgesetzt. Bekanntlich wurde die verflossene Spielzeit der Kölner Oper mit diesem Singspiel beendet und seit der Eröffnung am 4. September das Stück „Im weißen Rössl" allabendlich vor ausverkauftem Hause gegeben. Am Sonntag, den 25. September, ist um 15 Uhr nochmals eine Nachmittagsvorstellung zu kleinen Preisen. Am Dienstag, den 27. September, wird das Singspiel zum 50. und letzten Male gegeben.

Schwerer Einbruch in Dünweg

In der Nacht zum gestrigen Donnerstag wurde in ein Geschäft in Dünweg ein überaus schwerer Einbruch verübt. Die Diebe gelangten durch das Eindrücken einer Fensterscheibe in das Innere und nahmen an Spezerei- und Konfektionswaren mit, was sie nur erlangen konnten. Der Schaden beläuft sich auf 1000—1200 RM. Von den verwegenen Dieben fehlt bis zur Stunde noch jegliche Spur.

Milde Strafe für verbotenen Waffenbesitz

Im Schnellverfahren vor dem Opladener Amtsgericht wurde der unangemeldete Waffenbesitz zweier Männer aus Burscheid abgeurteilt. Nachdem sie wegen einer Decke, die sie angeblich gefunden hatten, am Freitag wegen Diebstahls bestraft worden waren, hatte man am Sonntag eine Haussuchung gehalten. Man fand eine Pistole, einen Dolch, ein Tesching und einen Revolver sowie eine schwarze Gesichtsmaske. Diese recht verdächtigen Gegenstände behaupten sie zum Teil mit der Decke gefunden zu haben und seien im Begriff gewesen, alles abzugeben. Die andern Waffen, die ihnen nicht gehörten, hätten sie allerdings auch nicht anmelden wollen. Zu ihrem Glück wurde die Nichtanmeldung als Fahrlässigkeit angesehen. Wenn eine Absicht nachgewiesen worden wäre, hätten sie mit drei Monaten bestraft werden müssen. So kamen sie mit je zehn Mark Geldstrafe und Einziehung der Waffen davon.

Rekordbesuch auf der Kölner Gastwirtsmesse

In der Gastwirtsmesse herrschte am Mittwoch Betrieb, wie man ihn bei früheren Messen in der Mitte der Woche noch nicht erlebt hat. Mehr als 10 000 Besucher passierten das Drehkreuz. Die Gesamtbesucherzahl belief sich bis am Mittwochabend auf annähernd 40 000. Da jeder zwanzigste Besucher der Gastwirtsmesse eine Topfpflanze erhält, war der Umsatz in Blumentöpfen sehr groß. Das Blumentopfgeschenk erhalten auch alle Besucher, die nur die Sonderschauen in der Westhalle besuchen. Der Eintrittspreis beträgt hier nur 50 Pfennig.

Vorerst schlechtes Wetter

Ueber die Wetterlage schreibt das Meteorologische Observatorium Aachen:

Ein Wirbel zwischen Spanien und den Azoren setzt sich jetzt in nordöstlicher Richtung in Bewegung und wird dabei subtropische Warmluft vor sich hertreiben. Die Luftwärme, die in der Nacht zum Donnerstag sehr tief, zum Teil in Gefrierpunktnähe sank, wird daher wieder ansteigen. Da auch von Island her ein Wirbel südöstlich vordringt, läßt das Zusammenwirken der beiden Zyklonen sehr starke Störungstätigkeit über den Britischen Inseln und der Nordsee erwarten. Das Wetter wird sich über Westdeutschland schon sehr bald verschlechtern; es ist mit wiederholten Regenfällen zu rechnen. Später dürfte sich wieder Kaltluft durchsetzen, doch ist heute noch nicht zu übersehen, ob sich dabei noch mal eine altweibersommerähnliche Hochdruckdlage aufbauen wird.

Der westdeutsche Einzelhandel zum Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung

Zu dem Ankurbelungsprogramm der Reichsregierung nahm gestern der Einzelhandelsverband in einer Kundgebung der drei Landesverbände des Westdeutschen Einzelhandelsverbandes Stellung. Oberregierungsrat Tibertius führte in seinem Referat aus, im großen und ganzen könne der Einzelhandel dem Programm der Reichsregierung, soweit die Auswirkungen sich auf ihn beziehen, zustimmen. Einige Einzelheiten zur Verbesserung der Durchführung wären wünschenswert gewesen. Nach langer Aussprache, in der noch einige Einzelheiten, über die Unklarheit bestand, geklärt wurden, nahmen die Einzelhandelsvertreter eine Entschließung an, in der es u. a. heißt:

Der Westdeutsche Einzelhandelstag begrüßt die Bestrebungen der Hauptgemeinschaft des westdeutschen Einzelhandels, den kleinen und mittleren Betrieben eine starke Stütze durch gerechten Lastenausgleich insbesondere in der Umsatz- und Gewerbebesteuerung sowie durch Reform des Gewerbe- und Wettbewerbsrechts zu bieten. Die Sammlung aller gutgewillten Kräfte des Einzelhandels hält der Westdeutsche Einzelhandelstag bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage für besonders dringend, um die Durchführung des Grundprinzips des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung zu ermöglichen. Der Einzelhandelstag lehnt jedoch jegliche Subventionierung von Betrieben ab und verlangt gerechte Verteilung der Steuerlasten.

Seuchentod unter dem Rehwild

Zu der gestrigen Notiz aus Witzhelden „Seuchentod unter dem Rehwild" wird uns aus Kreisen der Witzheldener Jagdgenossen geschrieben:

Die Notiz stammt offenbar aus Jägerkreisen, die im Hinblick auf die schwebenden Jagdprozesse ein Interesse daran haben, die Witzheldener Jagden möglichst minderwertig zu machen. Daß seit zwei Jahren unter dem Rehbestande der Witzheldener Jagdbezirke die Lungenwurmseuche wüten soll, daß die Hälfte des Rehbestandes dieser Seuche zum Opfer gefallen sein soll, ist eine Unwahrheit. In den Prozessen wurde bisher eingewandt, das Rehwild sei von den früheren Jägern „ausgeschossen" worden, jetzt soll die Hälfte an Seuche eingegangen sein. Kurz nach der Neuverpachtung im Februar 1931 hat ein Pächter ein eingegangenes Stück Rehwild in Berlin untersuchen lassen, wobei Lungenwurmseuche festgestellt wurde. Nachdem sind in längeren oder kürzeren Zwischenräumen vereinzelte eingegangene Stücke aufgefunden worden, bei denen die Seuche vermutet wird, aber nicht durch Untersuchung festgestellt ist. Die Mitteilung in der Notiz, man habe kürzlich wieder acht tote Rehe gefunden, stimmt also nicht. Ob die in Brachen und in Hölverscheid aufgefundene Rehe sämtlich an Seuche eingegangen sind, ist nicht festgestellt. In den übrigen Revieren der Gemeinde Witzhelden sind keine eingegangenen Rehe aufgefunden worden, bei denen Seuche festgestellt wurde. Es ist also nichts damit, wenn die Notiz den weiteren Zweck haben sollte zu versuchen, die Nachbarjäger mit einem Uebergreifen der in Witzhelden in einem Falle festgestellten Lungenwurmseuche bange zu machen oder im Hinblick auf die bevorstehende Neuverpachtung von Nachbarjagden die dortigen Pachtpreise zu drücken.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Der Konkurs der Baugenossenschaft

Leverkusen, 23. Sept. Vor dem Opladener Amtsgericht fand am Mittwoch der Prüfungstermin im Konkurs der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Leverkusen statt. Von den Vertretern der einzelnen Parteien wurde Diplom-Kaufmann Krumpe einstimmig als Konkurs-Verwalter wiedergewählt. In den Gläubigerausschuß, der bisher aus den Herren A. Naum, Direktor Mehring, Dr. Bahlmann bestand, wurde noch Stadtv. Pauly gewählt. Dieser Ausschuß wird sich in der kommenden Woche über die Weiterführung des Konkursverfahrens auseinandersetzen.

Folgenschwerer Unglücksfall

Wermelskirchen, 23. Sept. Gestern vormittag gegen 11,30 Uhr ereignete sich am sog. Schwanerkappen ein ernster Unglücksfall. Ein Fuhrwerk aus Neuenhaus, auf dem der Fahrer, ein Handwerker und ein 5jähriges Mädchen Platz genommen hatten, wollte vor der Gärtnerei Büngen wenden, um dort Material abzuholen. Beim Wenden scheute das junge Pferd, der Handwerker erkannte die drohende Gefahr und rettete sich durch schnelles und entschlossenes Abspringen, das Mädchen wurde vom Wagen geschleudert und zog sich leichtere Verletzungen, vornehmlich Hautabschürfungen zu. Recht erheblich verletzt wurde der Fahrer. Auch er wurde aus dem Fahrzeug geschleudert, verfing sich in den Zügeln, und wurde etwa 10 Meter weit mitgeschleift. Die Verletzungen des Fahrers sind schwer, vornehmlich am Kopfe. Das Pferd konnte mit dem sehr stark beschädigten Wagen erst in der Nähe der Braunsberger Straße zum Stehen gebracht werden.

Eine neue Wiesenbau-Genossenschaft

Dhünn, 23. Sept. Nachdem im vorigen Jahre die Wiesenbesitzer des kleinen Dhünntales die Melioration durchführten und die Erfolge dieses Verfahrens bereits in diesem Jahre in Erscheinung treten, beschlossen jetzt die Landwirte des Purdertales, auf gleiche Weise Verbesserungen bei ihren Wiesen durchzuführen. In diesen Tagen gründeten sie die „Untere Purdertaler Wiesenbaugenossenschaft". Die Arbeiten sollen bereits im Oktober in Angriff genommen werden. Die Kosten werden sich durch Gewährung von Staatsdarlehen und Ausführung der Arbeiten im freiwilligen Arbeitsdienst auf ein erträgliches Maß stellen.

Aus der näheren Umgebung

Wuppertal

Zwei Schulkinder vom Auto überfahren

Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich gestern in der Nähe der Schule Rudolfstraße in Barmen. Nach Schulschluß kam ein Krefelder Auto in schneller Fahrt die Straße hinuntergefahren. Anscheinend in Unkenntnis des Weges schien der Führer die Uebersicht verloren zu haben und überfuhr zwei siebenjährige Mädchen. Eins wurde so schwer verletzt, daß es kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus starb, das andere dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

Köln

Schweres Kraftwagenunglück

Ein schweres Kraftwagenunglück ereignete sich in den späten Abendstunden des Donnerstag an der Köln-Mülheimer Brücke. Auf der Kölner Seite der Brücke fuhr der Lieferwagen eines Gelsenkirchener Marktbeschickers in rascher Fahrt über den Bürgersteig gegen das Geländer der Brücke. Durch den heftigen Anprall wurden drei Insassen des Wagens herausgeschleudert. Einer von ihnen war sofort tot, während die beiden anderen schwer verletzt wurden. Der Chauffeur des Wagens blieb unverletzt.

Köln. Waffenschmuggel aufgedeckt. Der Zollfahndungsstelle Köln ist es gelungen, einem umfangreichen Waffenschmuggel auf die Spur zu kommen. Es gelang, eine Frauensperson festzunehmen, in deren Besitz noch 13 fabrikneue Mehrladepistolen belgischen Ursprungs gefunden wurden. Bei den weiteren durch die Zollfahndungsstelle in Verbindung mit der politischen Polizei angestellten Ermittlungen stellte sich heraus, daß an dem Waffenschmuggel weitere Personen beteiligt sind, von denen zwei am Morgen des 21. September in Zoll gestellt wurden. Da sie zu flüchten versuchten, machten die Beamten von der Schußwaffe Gebrauch. Einer der Flüchtenden erhielt einen Oberschenkelschuß und mußte dem Krankenhaus zugeführt werden. Der zweite konnte festgenommen werden. Alle Festgenommenen wurden dem Richter zugeführt.

Westdeutsches

Velbert. Falschmünzer festgenommen. Unter dem dringenden Verdacht, mehrere Einbruchdiebstähle begangen zu haben, wurden ein Schlosser und ein Former aus Velbert festgenommen. Bei der Haussuchung stellten die Beamten fest, daß die Diebe auch auf dem Gebiet der Falschmünzerei tätig gewesen waren. Man fand neben falschen Geldstücken eine fertige Einrichtung zur Herstellung von falschen 2 Mark- und 50-Pfennigstücken.

Schalksmühle. Im Hotel erschossen aufgefunden. Ein Liebespaar von auswärts, der Bräutigam im Alter von 36 Jahren war aus Gevelsberg und die Braut, 25jährig, aus Wuppertal-Barmen, hatte sich nach hier begeben und in einem Hotel Nachtquartier bezogen. Als der Hotelbesitzer am nächsten Vormittag gegen ½12 Uhr nach dem Verbleib des Paares sehen wollte, fand er die beiden erschossen vor. Offenbar hat der Bräutigam zuerst seine Braut erschossen und sich dann selbst das Leben genommen. Aller Voraussicht nach liegen die Gründe zur Tat in wirtschaftlichen Verhältnissen, denn beide waren ohne Stellung. In Abschiedsbriefen erklärten sie, daß es, weil sie beide ohne Erwerb wären, unmöglich sei, daß sie zusammen bezw. zur Heirat kämen. Außerdem hatten sie den Wunsch geäußert, man möge sie gemeinsam in Schalksmühle zur letzten Ruhe beisetzen.

Rüblinghausen (Kreis Olpe). Tragischer Unglücksfall. Hier fiel der 20 Jahre alte Peter Hackert einem tragischen Unglücksfall zum Opfer. Während einer Arbeitspause erkletterte Hackert den Mast einer Hochspannungsleitung. Oben angekommen, schwenkte er im Uebermut seinen Hut, wobei dieser dem Draht zunahe kam. Hackert bekam einen Schlag und fiel tot zu Boden.

Dillenburg. Unter dem Verdacht der Brandstiftung. Innerhalb von drei Wochen sind in der Ortschaft Herzhausen im Kreis Biedenkopf drei landwirtschaftliche Anwesen durch Feuer zerstört worden. Der Landwirt Wagner, bei dem es zuletzt gebrannt hatte, ist nunmehr unter dem Verdacht, in allen drei Fällen der Brandstifter zu sein, festgenommen worden. Um aber eine möglichst rasche Aufklärung herbeizuführen, und weil der Verdacht besteht, daß auch noch andere Personen an der Brandstiftung beteiligt sind, hat die Nassauische Brandversicherungsanstalt 3000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Herford. 13jähriger Junge als Masseneinbrecher. Ein großer Teil von Laden- und Einbruchsdiebstählen in Herford konnte jetzt durch die Festnahme eines 13jährigen Schülers aufgeklärt werden. Der Junge, der aus Bad Salzuflen stammt, hatte schon seit längerer Zeit seine elterliche Wohnung verlassen und sich in Herford und der näheren Umgebung herumgetrieben. Nachts schlief er in einer großen Kiste, die an einer abgelegenen Stelle eines Geschäftsgrundstückes stand. Der junge Dieb konnte auf frischer Tat von der Polizei ertappt werden. Bisher hat er über 20 Diebstähle eingestanden. Der Junge wird der Fürsorge überwiesen.

Minden. Kind durch explodierende Sprengkapsel schwer verletzt. Das achtjährige Pflegekind des Invaliden Hupe in Möllbergen fand beim Spielen eine Sprengkapsel. Da der Kleine die Gefährlichkeit seines Fundes nicht kannte, versuchte er, die Kapsel mit einem Hammer zu zerschlagen. Dabei erfolgte eine schwere Explosion. Ein Sprengsplitter drang dem Kinde in den Leib, außerdem erlitt es furchtbare Verletzungen an den Händen. Wie die Sprengkapsel an den Fundort gelangt ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

Hürtgen. Wilderer-Drama in der Eifel. In einem Forstrevier bei Hürtgen in der Eifel legten sich in der Nacht drei Forstbeamte, die Schüsse gehört hatten, auf die Lauer. Plötzlich bemerkten sie zwei junge Leute, von denen der eine eine Flinte trug. Als die Beamten die Wilderer anriefen, riß der eine seine Waffe hoch und brachte sie in Anschlag. Ein Forstbeamter war aber schneller und schoß dem jungen Mann die Kugel in die Stirne. Die Beamten brachten den Verletzten ins Krankenhaus, wo er inzwischen verschieden ist. Es handelt sich bei dem Getöteten um einen 19jährigen jungen Mann aus Germeter.

Krefeld. Die Tagung der vereinigten Landsmannschaften Eupen-Malmedy-Monschau. Die Eröffnungskundgebung der Jahrestagung der vereinigten Landsmannschaften Eupen-Malmedy-Monschau in Krefeld am 1. Oktober, morgens 11 Uhr, im Rathaussaal, in deren Mittelpunkt die Rede Dr. Wirths (Berlin) stehen wird, wird auf alle deutschen Sender übertragen.

Bochum. Gefängnis für einen 60jährigen Messerstecher. Das Bochumer Schöffengericht verurteilte den 60 Jahre alten Invaliden Czewzyk von Herten-Langenbochum wegen Körperverletzung mit Todeserfolg zu vier Jahren Gefängnis. Der Verurteilte hatte im August d. J. im Verlaufe eines Streites einem Bergmann drei Messerstiche versetzt, an deren Folgen dieser am Tage darauf starb.

Herbede a. d. Ruhr. Zwei Knappen getötet. Auf der Zeche Holland der Herbeder Steinkohlenbergwerke ereignete sich am Abend ein schweres Grubenunglück. Der 32jährige Bergmann Paul Schroll aus Witten und der Hauer Balke aus Herbede gerieten plötzlich unter einen Rutschenstreb und wurden von den hereinbrechenden Gesteinsmassen verschüttet. Bereits nach kurzer Zeit konnte einer der Verschütteten geborgen werden; der Tod war aber schon eingetreten. Nach halbstündiger Bergungsarbeit wurde der zweite Knappe, der noch schwache Lebenszeichen von sich gab, aus den Gesteinsmassen herausgeholt. Aber auch hier war ärztliche Hilfe vergebens. Wie die Ermittlungen ergaben, war an der Rutschenstrebe eine Störung eingetreten, wodurch sich das Gebirge verschoben hatte. Die beiden Verunglückten waren verheiratet und hinterlassen Frau und Kind.

Bielefeld. Die Rhedaer Verbrecher kommen vor das Sondergericht. Gegen die Arbeiter Walter Wabbel und Richard Kuczynski aus Bochum ist von der Bielefelder Staatsanwaltschaft Mordanklage erhoben worden. Die Angeklagten haben sich vor dem Sondergericht zu verantworten. Die Verhandlung findet schon in der nächsten Zeit statt. Es handelt sich um die beiden Einbrecher, die am 10. September auf der Flucht mit einem gestohlenen Auto hinter Rheda zwei Polizeibeamte überfuhren. Dabei wurde der Hauptwachtmeister Grafhorst getötet und sein Kollege verletzt. Beide Angeklagte sind geständig.

Castrop-Rauxel. Auto von Lokomotive mitgeschleift. Auf dem Bahnübergang der Zeche Viktor 3-4 in der Finkestraße im Stadtteil Ickern ereignete sich ein schwerer Verkehrsunfall. Ein Personenwagen wollte den Bahnübergang an genannter Stelle passieren, als er von der Lokomotive eines Zechenzuges erfaßt und eine Strecke weit mitgeschleift wurde. Der Führer, der Handelsvertreter Josef Fetthacke aus Dortmund erlitt leichte Verletzungen, während der Insasse, ein gewisser Becker, so schwer verletzt wurde, daß er in hoffnungslosem Zustande dem Krankenhause zugeführt werden mußte. Der Personenwagen ging vollständig in Trümmern.

Frankfurt a. M. Erbschaftsschwindler festgenommen. Die Polizei hat einen gewissen Heil festgenommen, der mit einer sagenhaften amerikanischen Erbschaft in Höhe von 75 Millionen Mark operierte, für die er die Erben in Deutschland ausfindig machen wollte. Der Schwindler hatte es in der Hauptsache auf Leute aus der Nürnberger Gegend abgesehen, die ihm für weitere Auskünfte Provisionen zahlen mußten. Natürlich war an der ganzen Geschichte kein wahres Wort. In seinem ersten Verhör gab er an, daß er sich nur einen Scherz mit den Leuten habe leisten wollen.

Frankfurt a. M. War er der Eibinger Brandstifter? Die hiesige Kriminalpolizei hatte den 21jährigen Erich Hallung festgenommen, der in dem Verdacht steht, an der Brandstiftung in Eibingen beteiligt gewesen zu sein. Im Verlaufe des Verhörs hatte Hallung eingestanden, in die Kirche im Kloster Eibingen eingestiegen zu sein. Möglicherweise habe er hierbei den Brand fahrlässigerweise verursacht. Jetzt bleibt Hallung dabei, die Aussagen nur gemacht zu haben, um von dem Verhör befreit zu werden. Die Nachforschungen der Polizei gehen weiter.

Auf der ersten Fahrt beschossen und erwischt

Den Beamten des Zollkommissariats Straelen und Geldern gelang es, einen Schmuggel-Panzerwagen in der Nähe von Straelen zu stellen. Der Wagen, ein alter Personenwagen, hatte zwischen Linksfort und Walbeck die Grenzposten passiert und wurde dort von Beamten beschossen. Er überfuhr ein Nagelbrett und zog sich eine Reifenpanne zu. Aber erst durch weitere Schüsse der Beamten, die auch den Hinterradreifen zum Platzen brachten, wurde der Führer zum Halten gezwungen. Schüsse waren zum Führersitz gedrungen, rissen dort dem Beifahrer die ganze Kniescheibe fort und verletzten ihn schwer am Kopf. Während der eigentliche Führer des Wagens entkommen konnte, blieb der Beifahrer mit seinen schweren Verletzungen in einem Gebüsch in der Nähe des Wagens liegen, wo er festgenommen werden konnte. Bei der Besichtigung des Wagens ergab sich, daß der Führersitz mit ein Zentimeter dicken Panzerplatten nach außen hin geschützt war. Der Wagen machte seine erste Fahrt. An Schmuggelwaren förderte die vorgenommene Untersuchung mehrere Zentner Tabak und Kaffee zutage.

Das Neueste

Die heute Vormittag, 10,15 Uhr, beginnende Sitzung des Preußischen Landtages brachte vorerst wieder eine lebhafte Auseinandersetzung zwischen den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten, die sich gegenseitig der Lüge und der Unwahrhaftigkeit bezichtigten.

Beamte der Paßüberwachungsstelle in Tilsit nahmen gestern auf dem Bahnhof einen Mann fest, der von Moskau mit falschem Paß nach Berlin reisen wollte. Nachforschungen ergaben, daß es sich bei dem Verhafteten um den lange gesuchten Berliner Raubmörder Kuhnert handelte, der bei einem Raubüberfall in Berlin einen Gastwirt erschossen und seine beiden Verfolger durch Schüsse tödlich verletzt hatte. Kuhnert war nach der Tat ins Ausland geflüchtet.

Der Berliner Gauleiter der NSDAP, Dr. Göbbels, hat, wie im „Völkischen Beobachter" mitgeteilt wird, gegen den „Vorwärts", bezw. dessen verantwortlichen Redakteur, wegen einiger Artikel Klage gestellt, da er in ihnen Verleumdung erblickt.

Der berüchtigte Berliner Gentleman-Einbrecher Erich Marggraf, der seit Monaten von der Polizei gesucht wurde, ist gestern Abend in einem Lokal von Kriminalbeamten festgenommen worden. Die Beamten setzten ihm sofort die Pistole auf die Brust. Marggraf ergab sich, völlig überrascht, ohne Widerstand zu leisten.

Reichsaußenminister v. Neurath legt in einer Genfer Zeitschrift nochmals den deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage dar.

Die Erklärungen des Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, in denen er auf einen bevorstehenden Schritt im Sinne der Wiederbeteiligung der deutschen Abordnung an den kommenden Abrüstungsverhandlungen hinwies, werden in der großen Pariser Presse abgelehnt und als Manöver Hendersons zugunsten Deutschlands bezeichnet.

Mussolini erklärte einem französischen Journalisten gegenüber, wenn man die Wiederaufrüstung Deutschlands vermeiden wolle, gebe es nur ein Mittel: konkrete Herabsetzung der Rüstungen.

Zu den Behauptungen, die französische Regierung werde in Verfolg ihrer Verhandlungen mit dem amerikanischen Senator Ried ihre bisherige Haltung im Fernen Osten zugunsten der amerikanischen These ändern, wird an amtlicher französischer Stelle am Freitag betont, daß Frankreich seine vom Beginn des chinesisch-japanischen Streites an eingenommene Haltung nicht zu ändern habe, da diese stets mit dem Geist des Völkerbundes übereinstimme und infolgedessen auch mit der amerikanischen These in vollem Einklang gestanden habe.

Ernstzunehmende Londoner Zeitungen rechnen jetzt schon in bestimmter Form mit der Möglichkeit des Rücktrittes der liberalen Parteimitglieder.

Einer Mitteilung des brasilianischen Kriegsministeriums zufolge, ist der Führer der Aufständischen im Staate Rio Grande do Sul, Borges de Medeiros, von Regierungstruppen gefangengenommen worden. Die Aufständischen melden aus Sao Paulo, daß sich der Staat Para der Revolution angeschlossen habe.

Die Bombayer Konferenz zwischen Kastenhindus und Parias hat den englischen Ministerpräsidenten telegraphisch um vorübergehende Außerkraftsetzung des englischen Wahlerlasses gebeten, damit die Konferenzverhandlungen über die Wahlfrage der unterdrückten Klassen gefördert werde. Gandhi verbringt seine ganze Zeit unter einem Mangobaum.

Bolivien hat in einer Note an die Neutralen die Bedingungen, unter denen sich Paraguay am 17. September bereiterklärt hat, den Vorschlag der neutralen amerikanischen Mächte anzunehmen, abgelehnt, da sie nur eine Verschleppung des Chaco-Konfliktes bedeuteten.

v. Gronau ist heute früh von Kagoshima nach Schanghai gestartet und dort glücklich gelandet.

Das Wetter von heute und morgen

Bewölkt bis trübe, mit Regenfällen und sinkenden Temperaturen.

Turnen und Sport in der Heimat

Ballspielverein 1911 Burscheid

Der kommende Sonntag führt die Grünweißen einmal nach Remscheid und zum anderen nach Grund. In beiden Fällen hat man es mit schweren Gegnern zu tun, die den Kampf erst mit dem Schlußpfiff aufgeben. Die 1. Mannschaft trifft auf einen Neuling in der 2. Bezirksklasse und auf einen Neuling überhaupt. Die Leute von der Reichsbahn haben sich mittlerweile als hartnäckiger Gegner entpuppt, die zu kämpfen verstehen, wenn es darauf ankommt. Jedenfalls sind sie bestrebt, den Burscheidern eins auszuwischen, wenn nur eben die Möglichkeit vorhanden ist. So steht denn die 1. Mannschaft vor keiner leichten Aufgabe, und in der Hintermannschaft wird es auf den „vorläufigen Ersatztorwart" ankommen, der am Sonntag mitwirkt. Er hat schon in schweren Kämpfen seinen Mann gestanden und hat auch heute das nötige Vertrauen, das er hoffentlich zu würdigen weiß. Der übrige Mannschaftsteil wird wohl auch erkennen, was auf dem Spiele steht und der mit anwesenden Leitung keine Kopfschmerzen bereiten wollen. So müßten denn am Sonntag die ersten Punkte nach hier wandern, wenn man wieder von sich reden machen will. Abfahrt ab Vereinslokal punkt 1,45 Uhr mittags.

Die 2. Mannschaft hat einen äußerst schwierigen Stand in Grund, sie kann lediglich spielen und auf Ersatz eingestellt sein, wenn ein annehmbares Resultat herauskommen soll. Bisher hat diese Mannschaft unter einem wirklich unglücklichen Stern gestanden, der hoffentlich am Sonntag auch einmal die Burscheider Seite etwas mehr beleuchten wird. Hoffen wir also das Beste, und wenn man nach ehrlichem Kampf ritterlich unterliegen sollte, dann muß man sich eben darin fügen. Abfahrt 11,45 Uhr ab Vereinslokal Ohmann, aber bitte pünktlich.

KGV Burscheid

Mitglied der Deutschen Jugendkraft

Am kommenden Sonntag empfängt die Mannschaft zum ersten Meisterschaftsspiel die 1. Einheit von „Jungland" Küppersteg. Gegen dieselbe Mannschaft konnten unsere Gesellen im Freundschaftsspiel in Küppersteg einen 3:0-Sieg herausholen. „Jungland" hat sich aber in der Zwischenzeit sehr gut herausgemacht, sodaß von ihr ein gutes Spiel zu erwarten ist. Unsere Mannschaft ist augenblicklich in guter Form, konnte sie doch am vergangenen Sonntag in Immigrath, trotz mehrfachem Ersatz die Reserven von „Unitas" mit 3:2 niederhalten.

Alles in allem kann man am Sonntag einen spannenden Kampf erwarten, dessen Ausgang wir offen lassen. Das Spiel beginnt um 3,30 Uhr auf dem städt. Sportplatz Griesberg.

Jugendkraft-Heil!

DT-Handball

Bergischer Gau

Das Programm im Bergischen Turnerhandball ist am kommenden Sonntag in Meisterschaftsspielen als auch in Freundschaftsspielen sehr gering. Die wenigen Treffen, die jedoch stattfinden bringen so interessante Paarungen, daß sie bei ansprechendem Wetter große Teilnahme der Zuschauer finden werden.

Meisterschaftsspiele

Gauklasse, Gruppe 1

Turnerbund 1. — Dabringhausen 1.

Gauklasse, Gruppe 2

Jahn 1. — Hilgen 1.

Beide Mannschaften stehen sich am Sonntagnachmittag 2,30 Uhr auf dem Jahnplatz gegenüber. Die Jahner, die in den ersten Spielen versagt haben, müssen sich mächtig anstrengen, wenn sie gegen die Gäste, die in guter Form sind, bestehen wollen. Es wird ein harter Kampf um die Punkte entbrennen, da beide Mannschaften Pluspunkte sehr nötig haben. Ein Besuch des Spieles wird sich lohnen.

Bezirksklasse, Gruppe 1

Beyenburg 1. — Wermelskirchen 1.

Bezirksklasse, Gruppe 2.

Jahn 1b — Hasten 1b

Freundschaftsspiele

Neben den Meisterschaftsspielen ist noch von besonderer Bedeutung das Jubiläumsspiel in Goldenberg zwischen

RTV 61 — Hasten

Reinshagen 1a — RTV 1a

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. der Beilage „Landmanns Sonntagsblatt"

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.



Das lächelnde Java

ROMAN VON ARNO FRANZ



URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU SA.

1

„O," sagte Frau Hauptmann Gertrud Mac Leod zu ihrem Gatten, an dessen Seite sie durch Kalkuttas Straßen schritt. Und wieder sagte sie: „O."

Das war schon das fünfte „o" innerhalb weniger Minuten, das sich über die üppigroten Lippen stahl und dem die nachtschwarzen Augen dieser sonderbaren Frau sehnsüchtig suchend nachzublicken schienen.

Als ob er sich in weiten Fernen verlöre, im lauen Aether zerflattere und doch eine Spur hinterließe, so klang dieser halbgesprochene und halbgehauchte Vokal.

„Was ist dir, Gertrud?" fragte Mac und drückte der Gattin Arm fester. „Bist du ermüdet, Liebe?"

„Nein", seufzte sie, „enttäuscht bin ich. Richtig enttäuscht. Ich war es noch nie so wie jetzt."

„Und warum?"

Da reckte sich der schlanke Körper der schreitenden Frau und mit bezeichnender Handbewegung holte sie weit aus: „Ist das Indien, Mac? Ist das das Märchenland? Das heiße, geheimnisvolle, sagenhafte Indien? — O, wie habe ich mir das so ganz anders vorgestellt."

„Das glaube ich dir gern, Liebes. Kalkutta ist auch nicht Indien. Diese Stadt liegt zwar am Hugli-River und ist der Sitz der indischen Regierung. Sie könnte aber ebensogut an der Themse liegen oder an der Schelde oder am Rhein, so europäisch ist sie. Sie beherbergt eine halbe Million Hindus, eine viertel Million Mohammedaner und sechstausend Christen, besitzt keinen einzigen wirklichen Hindutempel, dafür aber vierzig protestantische Kirchen und ein Dutzend Moscheen."

„Was haben wir dann hier verloren, Mac? Weshalb sind wir dann noch hier? — Ich will Indien sehen, aber keine europäische Stadt."

„Irgendwo mußten wir doch an Land gehen, Trautlieb," beruhigte sie Mac. „Wenn wir heute noch unsere Boys finden, reisen wir morgen. Wo übrigens möchtest du hin?"

„Dahin, wo Indien ist," antwortete Traute und setzte hinzu: „Wir werden die Boys fragen."

„Schön, die sollten es wissen. Einen Anklang aber an Indien kann ich dir auch in Kalkutta zeigen. Kannst du noch aushalten, Traute oder sollen wir eine Rikscha nehmen? Die Hitze ist unerträglich."

„Sie macht mir nichts, Mac. Wenn es nicht allzuweit ist, möchte ich gehen."

„Zehn Minuten nur."

„Gut, und wohin führst du mich?"

„Nach dem Maidan."

„Was ist das?"

„Du wirst sehen. Es lohnt sich. Komm, schreiten wir zu."

Ja, das war ein Stück Indien, das Mac Leod und Gattin betraten. Ein Palmenhain inmitten der Stadt von ungewöhnlicher Ausdehnung, ein Sechstel des gesamten Stadtterrains ausmachend.

„Laß mich atmen, Mac," sagte Traute und blieb stehen, „tief atmen. O, diese Düfte! Laß sie mich trinken. — Es ist, als ob sie Freude weckten und einen doch in Träumen versinken ließen."

„Und diese Farbenpracht," machte Mac aufmerksam. „Purpurrot und Schwefelgelb, Azurblau und Grün in allen Schattierungen. Diese Kontraste! In allem findest du sie. Es gibt nichts in Indien, bei dem der Gegensatz nicht augenfällig wär. Der Maidan ist indisch und schau dich um, Trautlieb, das hier" — er zeigte nach der Straßenfront hinüber — „ist englisch."

Traute war erstaunt. Im kalten nüchternen Amsterdam, das ihre Heimat war, gab es derartige Kontraste nicht.

„Was ist das?" fragte sie.

„Das Palais des Vizekönigs. Erkenne, Traute, wie Britannien zu repräsentieren weiß. — Das andere Gebäude ist das Rathaus und das dritte dort am Hugli die Bank von Bengalen. Diese eine kurze Straße verkörpert Macht und Reichtum der Krone und des Dominiums. Alles beides ließ der, dem man dieses Denkmal setzte" — sie standen vor dem Monument William Peels still — „sein Leben."

„Das müssen viele, Mac, für Macht und Reichtum sterben und man setzt ihnen doch kein Denkmal."

„Diesem aber gleich zwei."

„Wieso zwei", fragte Traute, „ich sehe nur dieses."

„Das andere werde ich dir auch noch zeigen. Laß uns gehen, Trautlieb. Die Hindus und die Muselmanen, die Engländer und die Chinesen, die Japse und die, die sonst noch hier herumkreuchen, verrenken sich schon die Köpfe nach dir."

„Wie überall," sagte Traute lächelnd und huschelte sich fester an Macs Arm.

Beide gingen die breiten Promenadenwege durch den Eden-Garden, der dem Maidan vorgelagert ist, an der birmanischen Pagode vorbei und schritten zwischen den beturbanten Indern dahin, wie die Königskinder im Märchen.

„Warum starren mich diese Menschen so an?" begann Traute nach einer Weile, „das ist aufdringlich, finde ich."

„Rechne mit den Sitten des Landes und du hast die Erklärung. Hier gilt die Frau nichts. Elefanten, Affen, Kühe, Schlangen und was weiß ich noch alles — sind heilig, aber die Frau — — —! Ach, du grundgütiger Buddha —, eine Magd in Amsterdam ist mehr. Soweit die Promenierenden Einheimische sind, gehen sie allein. Die wenigen Damen, die du hier siehst, sind Europäerinnen. Dich aber hält niemand für eine Europäerin. Dich sehen sie als Hindufrau an und können sich auf uns beide keinen Reim machen. Es war in Holland nicht anders und auf der Ueberfahrt auch nicht."

„Denke dir, auf dem Dampfer hörte ich einen Inder zum anderen sagen, ich sei ein entlaufenes Nautchgirl aus . . ."

Da brach Traute ab. Plötzlich. Mitten im Satze! Und rief laut, so daß sich der Köpfe noch mehrere nach ihr wendeten: „Soldaten! Sieh nur Mac, Soldaten" — und freute sich wie ein Kind.

„Wir sind am Exerzierplatz," belehrte sie Mac. „Die Wälle, Bastionen und Gebäude da drüben bilden das Fort William, zu welchem auch dieser Exerzierplatz gehört. Es grenzt im Westen an den Hugli und ist in den Maidan hineingebaut, um die Großen und Kleinen stündlich an Englands Dasein zu erinnern. Meine Landsleute wissen, was sie tun. Sie sind praktische Herren. Sie sind aber auch dankbare Herren, denn sie nannten diese Festung zu Ehren jenes Peel, dem sie vor dem Eden Garden schon ein Denkmal setzten, nach seinem Vornamen."

„Wer war dieser Peel," fragte Traute.

„Ein Nachkomme des ersten und größten Peel, der um 1800 herum Englands Politik leitete. Sein Nachfahre William war Soldat und fiel im Inderaufstand 1858."

Traute streichelte Macs Hand.

„Er fiel," wiederholte sie und schwieg. Dann setzte sie leise hinzu: „O ihr Soldaten! Daß man immer um euch bangen muß!"

„Bangen, Trautlieb — ich glaube nicht. Wir gehen ja nach Java, und Holland hat seit hundert Jahren keinen Krieg geführt. Ich nehme den Kopf weg, wenn doch mal etwas geflogen kommen sollte."

„Scherze nicht, Mac! Man kann nie wissen."

Plaudernd gingen sie nach dem Hotel zurück. — — — —

Dort fragte der Direktor höchstpersönlich die Heimkehrenden, ob sie die Boys zur Vorstellung zu empfangen geneigt seien, sie wären anwesend und warteten in irgendeinem verschwiegenen Winkel des Hauses des Befehls.

Mac ließ sie heraufkommen, einen nach dem anderen, schickte zehn fort und wählte zwei aus: einen Mohammedaner und einen Inder.

Ali hieß der Sohn des Propheten — er war vorzugsweise zur Bedienung des Herrn bestimmt — Kara nannte sich der Inder, den Schiwas rotes Mal auf der Stirn als zu dieser Sekte gehörig auswies. Er war der Diener Trautes.

Von einer weiblichen Bedienung sah diese ab, trotz ihres Söhnchens, das die Reise nach Java und den Abstecher nach Indien mitmachen mußte, weil — nun ja, weil eben Mac Leod ihr Gatte war.

Traute mochte die Tage Amsterdams mit ihren Sorgen, ihrem Bangen, ihrem Leid und ihrer Schande nicht wiederkommen sehen. Noch war Mac ritterlich, gütig und lieb, wenn er auch schon wieder ab und zu zur Seite blinzelte. Sie wollte diese wiedergekommenen Tage des Glückes halten, so lange sie konnte und so gut sie konnte. Auf Java würde sie ja eine Dienerin nicht entbehren können, aber so lange sie nicht seßhaft waren, wollte sie lieber verzichten. Sie glaubte sich mit Kara behelfen zu können, der ganz den Eindruck machte, als ob er auch ein Kindchen zu betreuen in der Lage sei.

„Und das nennt man hier Boys," sagte Traute zu ihrem Gatten, als der letzte Diener gegangen war. „Ich finde, der Kara ist auch nicht mehr der Jüngste. Ich schätze ihn auf Vierzig."

„Diener zwischen zwölf und siebzig sind Boys, meine Liebe. Das ist hier nicht anders. Zudem ist es bequem, denn es spricht sich leicht aus das Wörtchen Boy."

„Hoffentlich haben wir nicht daneben gegriffen."

„Ich glaube kaum. Sie waren alle vom Konsulat empfohlen."

* * *

Gegen Abend trat Kara seinen Dienst an.

Mit ihm trat ein Stück Indien in Trautes Zimmer.

An der Tür blieb der Hindu stehen. Er trug ein Büschel roter Pandanusblüten in der Linken, führte die Rechte zum Gruße nach Stirn und Brust, warf sich vor Traute zu Boden, berührte mit dem Kopf ihre Füße, richtete sich auf und hob ihr kniend die Blüten entgegen.

„Die Götter meiner Heimat grüßen Euch, Herrin. Ich will Euch in Treue ergeben sein," sagte Kara.

Traute gebot ihm, sich zu erheben und nahm ihm die Blüten ab.

Sie dufteten stark und berauschend.

Sie dankte dem Inder, und seine Augen leuchteten.

Das dauerte nur einen Moment, dann lagen die Lider wieder verbergend über der glimmenden Glut.

Er hantierte lautlos herum, und lautlos verschwand er dann.

Traute schüttelte verwundert den Kopf. Sie hatte mit Normann, ihrem Söhnchen, zu tun und ließ den Inder gehen, weil sie ihn augenblicklich nicht nötig hatte.

Draußen hockte er vor ihrer Tür mit untergeschlagenen Beinen und über der Brust gekreuzten Armen. Er sah aus wie die birmanische Pagode im Eden Garden am Maidan.

Da kam Mac Leod, der mit dem Direktor über die Abreise gesprochen hatte, den Gang entlang. Er sah den Inder und lachte.

„Na, Boy," redete er ihn an, „was machst du hier?"

„Ich wache und warte!"

„Warten scheint Eure Lieblingsbeschäftigung zu sein in Indien."

„Wir warten alle, Herr — alle!"

„Auf was?"

„Auf das Ende und die Erlösung."

„Dann dürftest du noch sehr viel Zeit haben. Komm mit zur Herrin."

Beide traten bei Traute ein.

Der Inder warf sich wieder zu Boden.

„Machen Sie das immer so?" fragte Traute, „immer, wenn Sie dieses Zimmer betreten?"

Der Inder schwieg. Er verstand sie nicht. Da instruierte ihn Traute:

„Kara, grüßen Sie mich morgens, wenn Sie mich zum ersten Male sehen und abends, wenn Sie den Dienst beenden. Tagsüber brauchen Sie es nicht zu tun."

Schweigend neigte der Inder das Haupt. Die Europäer waren sonderbare Menschen.

„Also Traute," nahm Mac jetzt das Wort. „Ich habe mit dem Direktor gesprochen. Er empfiehlt uns eine Fahrt nach Agra oder Gwalior oder Benares. Jedes sei lohnend. — Du brauchst also nur zu wählen."

„Ich kenne weder das eine noch das andere, Mac. Was empfiehlst du mir? Ich bin für alles, wenn es mir Indien zeigt."

„Dann fragen wir diesen Boy. Ich habe zwar über die erwähnten Städte gelesen, selbst aber war ich noch nicht dort." — Und er wendete sich an den Inder: „Kara, deine Herrin will Indien kennen lernen. Wohin soll sie gehen, um das zu können?"

Mit leuchtenden Augen antwortete der Inder, sich tief verneigend: „Schiwa wird Euch segnen, Herrin und Lakschmi, des alles erschaffenden Gottes Wischnu liebliche Gattin wird ihre Hände unter Eure Füße breiten — geht nach Waranasi, Herrin."

„Was ist das — Waranasi?"

„Die Stadt der Erlösung ist es. Es ist die Stadt, die das beste Wasser hat."

Da lachte Mac und klärte Traute auf: „Es ist Benares."

„So sagen die Fremden, Herr, wir sagen Waranasi" — und zu Traute gewendet, ergänzte er — „das Glück ist in Benares und die ewige Seligkeit kommt nur von dort. Herrin geht in die heilige Stadt am heiligen Ganga."

Da mußte auch Traute lachen über des Inders feierlichen Ernst.

„Am heiligen Ganga! — Kara, wie kann ein Fluß heilig sein."

„Herrin — die Ganga ist nur unseren Augen ein Fluß. Sie ist eine Göttin. Sie heißt Bhagirathi. Sie fiel vom Himmel auf Schiwas Haupt, um die Erde nicht zu zertrümmern. Von Schiwas Haupt glitt sie herab auf den Himalaja und strömt von dort zur Erde nieder und in Hunderten von Armen ergießt sie sich in das unendliche Meer. Benares ist Indien, Herrin. Es ist die Sehnsucht der Gläubigen."

„Auch deine, Kara?" fragte Traute.

Der Inder nickte.

„Dann gehen wir nach Benares," entschied sie und Kara küßte den Saum ihres Kleides.

„Sie sind schon eine verrückte Gesellschaft, diese Hindus," sagte Mac. „Alles machen sie mit dem Herzen. Hoffentlich rutscht mir mein Muselman nicht die Teppiche entzwei. Verflucht unmilitärisch geht das hier schon zu, muß ich sagen."

Kara verstand nicht holländisch und deshalb verstand er auch seines Herrn Worte nicht. Er war aber ein guter Diener, der wußte, was er zu tun hatte.

„Mit welcher Bahn wünschen die Herrschaften zu reisen?" fragte er, „es führen drei Linien nach Benares."

„Mit der besten natürlich."

„Dann mit der East India Bahn. Sie geht von Howrah ab. Soll ich die Vorbereitungen treffen?"

„Ja, tun Sie das," antwortete Traute.

„Für wieviel Personen, Herrin — und für wieviel Tage?"

„Für fünf Personen — —"

„Nein, Traute — für vier nur. Normann bleibt hier. Die Frau des Direktors, eine Hindu übrigens — er ist Irländer — möchte ihn behalten, bis wir wiederkommen. Wir müssen ja nach hier zurück. Von Kalkutta fährt der Dampfer nach Batavia. Es ist ja nur für längstens eine Woche. Wenn auch eine Bahnfahrt in Indien nicht zu den anstrengenden Dingen gehört, wollen wir dem Kleinen doch keine Strapazen zumuten, die wir vermeiden können. Ich werde der Frau Direktor unseren Dank abstatten, Traute." Damit ging er hinaus.

Zwischen Trautes Brauen stand eine Falte. Das erstemal wieder seit Amsterdam.

Der Inder, der es sah, flüsterte kaum hörbar: „Kara wird wachen, Herrin, wenn Schatten auf Eurem Wege liegen."

Traute sah ihn groß an. „Was wissen Sie," verwies sie ihn.

„Viel," sagte der Inder und beschäftigte sich mit den Koffern.

2.

„Wie ist das schön," sagte Traute, als sie in Howrah das Abteil erster Klasse des Benareser Zuges betrat, zu Mac, der chevalaresk die Rolltür zur Seite schob. „Und wie gemütlich! Das ist ja ein kleines Zimmer und kein Eisenbahnabteil."

„Und doch ist's eines, aber ein indisches."

„So splendid! Es fehlt wirklich nichts: Tisch, Stühle, Spiegel und sogar Bilder an den Wänden . . ."

„Außerdem eine eigene Toilette und ein Baderaum mit Dusche, Kalt- und Warmwasseranlage," ergänzte Mac. „Was ein Kulturmensch nötig hat, ist vorhanden. Und das alles ist staunenswert billig."

„Warum kann man das bei uns nicht haben? Ausgerechnet Indien muß uns dieses Novum bieten."

„Wahrscheinlich sind die hiesigen Bahngesellschaften bescheidener hinsichtlich des Verdienstes. Wo Konkurrenz ist, ist Betriebsamkeit. Bei uns muß alles verstaatlicht werden zum Nachteil des Publikums."

Eben wälzte Kara einen Riesenpacken an der Tür vorbei, und Ali ging mit einem Handköfferchen hinter ihm her.

„Menschenskind, was bringst du da!" rief Mac den Inder an.

„Die Betten," stöhnte der und würgte zwei Matratzen mit Zubehör in sein Abteil, das neben dem der Herrschaften lag.

Er hatte die Reisevorbereitungen wirklich mit Umsicht getroffen.

Ein Europäer reist in Indien mit eigenem Bettzeug, das wußte Kara, und da ihm Mac kein Geld zu Anschaffungen gegeben hatte, hatte er sich Matratzen, Betten und Wäsche vom Hotel ausgeliehen.

„Der Kerl ist eine Perle von Boy," äußerte Mac, „schade, daß er mir auf die Nerven fällt."

„Womit oder wodurch?" fragte Traute, „er ist doch mehr wie bescheiden."

„Das schon, aber er denkt an alles und sieht zu viel. Das ist nicht sehr bequem."

Da stand es bei Traute fest, den Inder für Java zu gewinnen. Er schien bereits etwas gesehen und allen Grund gehabt zu haben, als er auf ihre Frage in Kalkutta mit dem geheimnisvollen „Viel" geantwortet hatte.

Und daß Kara tatsächlich eine Perle war, zeigte sich in Benares.